

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 14.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 8. April 1911.

Redakteur: A. Heintmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

## Energie!

Wer nicht kämpfen will, wird niemals siegen,  
Wer den Anfang scheut, vollendet nie;  
Wer nur zagend kämpft muß unterliegen,  
Denn ihm fehlt die Macht der Energie!

Oskar Rummels.

## Der Gesetzentwurf betreffend Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen.

Am 12. Januar d. J. wurde zur Eröffnung des preussischen Landtages vom Ministerpräsidenten die Thronrede verlesen, die sich u. a. in sehr bedeutender Weise mit der Jugendfürsorge beschäftigte. Es ist da die Rede von dem Ausbau staatlicher Bestrebungen, die dazu dienen sollen, „die bestehenden, auf freiwilliger Grundlage beruhenden Einrichtungen der Jugendpflege auszubauen und zu erweitern und die auf diesem Gebiete bisher schon bewährten Kräfte zusammenfassend zu unterstützen“. Im Anschluß daran heißt es dann:

„Dem gleichen Zweck wird die weitere Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens dienen, das wirtschaftliche Förderung des heranwachsenden Geschlechts zum Ausgangspunkt für eine sittliche Erziehung nimmt. Ein Gesetz, durch das die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die männliche Jugend in den Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern sichergestellt werden soll, wird Ihnen demnächst zugehen.“

Inzwischen ist der hier angekündigte Gesetzentwurf dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangen. Wir fassen nachstehend den Inhalt im wesentlichen zusammen:

Er bestimmt, daß jede Gemeinde über 10000 Einwohner verpflichtet ist, eine Fortbildungsschule zu errichten und zu unterhalten. Zu den Aufgaben der Fortbildungsschule gehört auch die staatsbürgerliche Erziehung und der Unterricht in körperlichen Übungen. Einander nahe gelegene Gemeinden, die zusammen über 10000 Einwohner zählen, können nach der Art kommunaler Zweckverbände mit einander vereinigt werden, wenn in einer oder mehreren von ihnen kein Pflichtfortbildungsschulunterricht eingerichtet ist. Zum Besuche dieser Fortbildungsschulen sind sämtliche in den betreffenden Gemeinden in öffentlichen oder privaten Diensten beschäftigte männlichen Personen unter 18 Jahren 3 Jahre lang verpflichtet. Arbeitslosigkeit hat innerhalb des Schuljahres eine Befreiung des Schulbesuches nicht zur Folge.

Von der Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule sind diejenigen befreit, welche eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen oder besucht haben, sowie diejenigen, die jene Kenntnisse und Fertigkeiten nachweisen können, welche das Lehrziel der Fortbildungsschule bilden. Der Unterricht in der Fortbildungsschule umfaßt für jeden Schüler jährlich 240 Stunden, die in der Regel auf 40 Wochen zu verteilen sind. Der Pflichtunterricht ist auf die Werktag und in die Tagesstunden von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zu legen. Im Wege statutarischer Bestimmung ist eine Schulordnung zu erlassen. Durch Statut kann auch bestimmt werden, unter welchen Voraussetzungen Nichtfortbildungsschulpflichtige zum Besuche der Fortbildungsschule zugelassen sind. Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf öffentliche Beamten, auf Arbeiter in den Bergwerken und den Apotheken, sowie auf häusliche Dienstmoten. Personen, die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, können nicht verpflichtet werden, die Fortbildungsschule ihres Wohnortes zu besuchen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Arbeiter spätestens am vierten Tage nach ihrem Eintritt beim Schulleiter anzumelden und spätestens am vierten Tage nach dem Austritt abzumelden, sowie ihnen die zum geordneten Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren und sie zum regelmäßigen Besuche anzuhalten. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. eventuell Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Das Gesetz soll am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten. Doch können Gemeinden, in denen die Errichtung einer Fortbildungsschule mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, vom Handelsminister bis auf die Dauer von 6 Jahren von der Verpflichtung befreit werden. Wer länger als 1 Jahr aus der Volksschule 3. St. des Inkrastirens des Gesetzes entlassen ist, ist von der Schulpflicht zu befreien.

Um die Tragweite der regierungsseitigen Maßnahme ermessen zu können, dürfte es sich empfehlen, den heutigen

## Stand des preussischen Fortbildungsschulwesens

sich mit einigen Daten zu vergegenwärtigen. Während die Zahl der gewerblichen Fortbildungsschulen sich am 1. Dezember 1904 auf 1290 stellte, hatte sie sich bis zu dem gleichen Zeitpunkte des Jahres 1908 auf 1665 erhöht. In der gleichen Zeit nahmen die kaufmännischen Fortbildungsschulen von 290 auf 381 zu, so daß sich also die Gesamtzahl in dem bezeichneten vierjährigen Zeitraum von 1580 auf 2046 erhöht hat. Weit stärker fällt die Steigerung der in den preussischen Fortbildungsschulen vereinigten Schülermassen in die Augen. Deren Zahl stieg in dem erwähnten Zeitabschnitt von 233500 auf 341850. Das ist eine Steigerung von rund 50%. Nach Angabe von Autoritäten (Fortbildungsschuldirektor Ubrmann, Köln) umfaßt die preussische Fortbildungsschule heute von den in großem Handel und Gewerbe beschäftigten Bierzehn- bis Achtzehnjährigen mindestens schon 40%.

In der Zwischenzeit hat sich aber auch die Bedeutung der Fortbildungsschule für die berufliche Erziehung nicht unwesentlich gehoben. Das trifft nicht allein zu, inwieweit eine Verbesserung des Lehrganges in Betracht kommt. Viel wesentlicher fallen in die Waagschale die Veränderungen, die eingetreten sind in bezug auf das Lehrpersonal. Nach Angabe des bereits genannten Ubrmann betrug die Zahl der hauptamtlich in den gewerblichen Fortbildungsschulen tätigen Lehrer 1904 erst 94. Bis zum Jahre 1908 dagegen hatte sie sich bereits auf 331 erhöht. (In derselben Zeit fand eine Erhöhung für das hauptamtlich angestellte Lehrpersonal an den kaufmännischen Fortbildungsschulen von 64 auf 206 statt.) Man kann deshalb ohne Uebertreibung sagen, daß hinsichtlich der Jugendfürsorge bereits bisher die Fortbildungsschule in Preußen einen nicht zu unterschätzenden Faktor darstellt. Um so mehr muß natürlich die nunmehr in Angriff genommene staatliche Neuordnung ins Gewicht fallen.

Diese Neuordnung bringt zunächst eine

## Erweiterung des äußeren Umfangs

des Bereichs der Fortbildungsschule. Nach der Begründung, die dem Gesetzentwurf beigegeben ist, ergibt sich durch die Einführung der Pflichtfortbildungsschule für die in öffentlichen oder privaten Diensten beschäftigten männlichen Personen und bei Gemeinden von mehr als 10000 Einwohnern die Notwendigkeit, daß in etwa 42 Gemeinden eine Neuerrichtung von Fortbildungsschulen stattfinden, während in 154 Gemeinden eine Erweiterung der Schulpflicht eintreten muß für Gruppen von gewerblichen Arbeitern, die bisher der Schulpflicht nicht unterstanden. Was im übrigen bezüglich des äußeren Ausbaues auffällt, ist namentlich folgendes:

1. Die Beschränkung des verbindlichen Fortbildungsschulunterrichts auf Gemeinden von mehr als 10000 Einwohnern. Diese Beschränkung deutet an, daß es sich zunächst noch um einen Versuch handelt. Glückt er einigermaßen, was für uns außer Frage steht, so dürfte schon in ganz kurzer Zeit eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes eintreten. Im übrigen spricht einstweilen noch für diese Beschränkung die Tatsache, daß es schon geldkräftigerer Gemeinden bedarf, um den neuen gesetzlichen Bestim-

mungen Genüge zu leisten. Der Staat wird sich, wie bereits bisher, auch in Zukunft durch Gewährung von Zuschüssen an der Bestreitung der Kosten beteiligen. Die durch die Steuererhöhung erforderlichen Mehrkosten auf Seiten des Staates sind auf jährlich rund 700000 M. veranschlagt worden.

2. Durch die vorstehenden Ausführungen ist mittelbar auch schon auf den weiteren Umstand eingegangen, daß die auf dem Lande tätigen gewerblichen Arbeiter einstweilen noch von der staatlichen Fürsorge ausgeschlossen bleiben. Hier kommt event. die im Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit in Frage, daß einander nahe gelegene Gemeinden, die zusammen über 10000 Einwohner zählen, nach der Art kommunaler Zweckverbände mit einander vereinigt werden können, wenn in einer oder mehreren von ihnen kein Pflichtfortbildungsschulunterricht eingerichtet ist. Für nicht unbedeutende Kreise von Arbeitern unseres Berufes dürfte diese Frage spruchreif werden. Da es sich um eine fakultative und nicht um eine verbindliche Einrichtung handelt, würde es in den meisten Fällen an den Beteiligten selbst liegen, ob sie sich die hier gegebene Möglichkeit zunutze machen oder nicht. Wir verfehlen nicht, unsere Funktionäre und Vertreter in kleineren Gemeinden schon heute mit Nachdruck auf diesen Teil des Gesetzentwurfes hinzuweisen.

3. Eine weitere Beschränkung ist insoweit vorgesehen, als der Entwurf nur von männlichen Personen unter 18 Jahren redet. Diese Einschränkung ist besonders bedauerlich! Schon bei Besprechung der Thronrede war in sozialpolitischen Kreisen alsbald der Wunsch laut geworden, auch die jugendlichen Arbeiterinnen (wie das übrigens die letzte Novelle zur Gewerbeordnung fordert) in die Fortbildungsschulpflicht einzubeziehen. Das ist leider nicht geschehen. Es bleibt abzuwarten, ob sich nicht doch anlässlich der Beratung des Gesetzes die Möglichkeit ergeben wird, wenn auch nicht die volle Ausdehnung der neuen Bestimmungen auf die jugendlichen Arbeiterinnen, so doch wenigstens eine Aufbesserung des jetzigen Zustandes zu erzielen. Wir erinnern hier daran, daß die Einrichtung von Fortbildungsschulen für Mädchen nach den bisher geltenden Bestimmungen dem Ermessen der Gemeindefollegien überlassen ist. Sie hängt also durchaus von dem guten Willen der bürgerlichen Kollegien der Gemeinden ab. Seit Jahren aber ist immer wieder von beteiligter Seite dem Wunsche Ausdruck verliehen worden, daß auch für die weibliche Jugend die Fortbildungsschulpflicht nach und nach eingeführt werden möge. Bisher wurde von Seiten der Staatsregierung immer darauf verwiesen, daß zunächst die Erfahrungen mit den gesetzlichen Bestimmungen über die obligatorische gewerbliche Fortbildungsschule für die männliche Jugend abgewartet werden sollten. Solche Erfahrungen könnten zwischenzeitlich gewiß in reichlichem Maße gesammelt werden. Und daß sie guter Natur gewesen sind, läßt die nunmehrige Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht durch das neue Gesetz erkennen. Warten wir also ab, was sich bei der Beratung des Gesetzentwurfes durch die Freunde der Fortbildungsschule erreichen läßt!

4. Von größter Tragweite ist die Bestimmung des Gesetzes, daß der Pflichtunterricht auf die Werktag und in die Tagesstunden von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zu verlegen ist, daß ferner die Arbeitgeber unter Androhung von Strafe verpflichtet sind, ihren schulpflichtigen Arbeitern die zum geordneten Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren und sie zum regelmäßigen Besuche anzuhalten. Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmung sehr tief eingreift in das ganze Arbeitsverhältnis und nicht minder, daß gerade sie den größten Anfeindungen von Seiten eines Teiles der Arbeitgeber begegnen wird. Bereits unmittelbar nach der preussischen Thronrede haben sich industrielle Kreise,

namentlich in der „Kölnischen Zeitung“, in abfälliger Weise über die Verlegung der Schulpflicht in die Tagesstunden geäußert. Es wurde darauf hingewiesen, daß es für die Industrie von der schädlichsten Einwirkung sein werde, wenn diese Neuregelung in die geordnete Durchführung des Betriebes eingreife. Die Durchführung eines ununterbrochenen Betriebes soll dadurch in Frage gestellt werden. Wir sind nun durchaus nicht der Ansicht, daß derartige Bedenken, die von der Industrie erhoben werden, ohne weiteres als „Scharfmacherei“ abgelehnt werden müssen. Dagegen scheint es uns doch, daß sich, ebenso wie bei früheren gesetzlichen Maßnahmen, auch jetzt wieder ein Ausgleich finden lassen. Die Industrie sollte hier weniger von der finanziellen Seite ausgehen. Sie sollte zunächst die unzweifelhafte Hebung der Fachlichkeit durch die Erweiterung des Fortbildungsschulunterrichts als moralischen Gewinn in den Vordergrund stellen: dann dürfte sie es vielleicht von selbst unterlassen, einen etwaigen finanziellen Ausfall hiergegen aufzurechnen. Denn auf die Dauer bedeutet die moralische Hebung ohne jeden Zweifel eine Verbesserung des Betriebes.

**Der innere Ausbau**

läßt sich nicht besser kennzeichnen als durch die wenigen Worte der preußischen Thronrede: „Daß wirtschaftliche Förderung des heranwachsenden Geschlechts zum Ausgangspunkt für eine sittliche Erziehung“ genommen werden soll. Diese Fassung läßt erkennen, daß nunmehr der Staat den planmäßigen Ausbau der Fortbildungsschule zu einer Erziehungsschule in die Hand nehmen will. Ueber diesen Punkt wird noch ein langes und breites zu diskutieren sein. Daß es einer Vermehrung des staatsbürgerlichen Unterrichts unserer Jugend bedarf, steht für uns außer Zweifel. Von unseren Standpunkte aus können wir alle vernünftigen, hierauf abzielenden Bestrebungen nur begrüßen. Niemand empfindet mehr, als gerade die christlichen Gewerkschaften, die den negativen Bestrebungen der Sozialdemokratie Tag für Tag Stand zu halten haben, die Tatsache, daß es mit dem bloßen Gesellschaftsunterricht in der Volksschule zur Erziehung eines wirklich staatsbürgerlich im besten Sinne des Wortes gesimten Volkes nicht genug ist. Mit Hurrapatriotismus, mit Marinebegeisterung usw. ist die Sache denn doch nicht abgetan. Wenn aus unserer Jugend eine feste und zuverlässige Staatsbürgerschaft werden soll, dann muß sie wenigstens in dem Alter, für das die Fortbildungsschule in Betracht kommt, in die Staatsnotwendigkeiten eingeführt und zu einer besonnenen Anteilnahme am öffentlichen Leben erzogen werden. Da kommt es vor allen Dingen auf das Wie der Lösung dieser Frage an. Die „Soziale Praxis“ hat nicht mit Unrecht vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß dem Staat, der die sozialdemokratischen Jugendorganisationen auflöse, um so mehr die Pflicht positiver Mitarbeit erwachse an der Erziehung und Bewahrung der Jugend in ihren kritischen Jahren des Ueberganges vom Kinde zum Erwachsenen. Es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß sich die staatlichen Stellen von vornherein mit den bisher auf dem Gebiete der Jugendfürsorge bewährten Institutionen behufs einer geeigneten Lösung der Frage in Verbindung gesetzt haben. Hoffentlich wird hier erprobliche Zusammenarbeit geleistet, damit nicht das, was auf der einen Seite gewonnen wird, auf der andern schließlich doppelt und mehrfach verloren geht.

Es ist jetzt noch nicht die Zeit, sich abschließend über all die hier angechnittenen Fragen zu äußern. Warten wir ab, was uns die nächste Zeit bringt! Wir werden nicht verfehlen, unsere Leser über den Gang der Sache auf dem Laufenden zu halten. In den Schluß setzen möchten wir einige wenige Sätze einer anerkannten Autorität auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens, mit denen im allgemeinen unsere Ansichten zusammen fallen:

„Die Fortbildungsschule zieht den Schüler allerdings nur für einige Wochenstunden heran, ab schon die pflichtgemäße Einübung in die Schulordnung und Schulzucht wirkt mächtigend und abgleichend auf die Willensrichtung des jungen Menschen und zieht ihn unmerklich in eine geordnete Lebensführung hinein. Beispiel und Uebung, Gebot und Verbot wirken zusammen, um den Schüler an Pünktlichkeit, Ordnung und Sauberkeit, an ein gesittetes Benehmen inner- und außerhalb der Schule, an Pflichterfüllung und Ausnützung der Zeit, an Gehorsam und Achtung gegenüber den Vorgesetzten zu gewöhnen. Zeugnisse, Belobungen und Anerkennungen regen zu gutem Betragen und fleißigem Streben an; Ermahnungen und Verwarnungen drängen immer wieder auf den Pfad der Pflicht.“

**Reichstagsdebatte zur Resolution Schiffer und Genossen betr. Förderung textilindustrieller Interessen.**

**Abg. Defer** (Fortschrittliche Volkspartei): Meine Herren, ich werde dem Herrn Vorredner in den ausführlichen Begründungen, die er seinem Antrag zuteil werden ließ, nicht folgen. Man kann in dem Wunsche, nach dem Ziele einer möglichststen Hebung und Förderung aller Gewerbe, auch des Textilgewerbes, mit ihm durchaus einig sein; ein erheblicher Teil meiner Fraktion aber ist der Meinung, daß zur Bildung einer neuen Reichszentralstelle eine Veranlassung zurzeit nicht vorliegt (sehr richtig! links), aus Erwägungen heraus, die ungefähr mit dem zusammenzutreffen, was der Herr Staatssekretär in bezug auf die Luftschiffahrt ausgeführt hat. Es wird zunächst Aufgabe der Beteiligten selbst sein, die Organe zu schaffen, und in dieser Beziehung ist ja Erhebliches bereits geleistet worden.

**Dr. Delbrück**, Staatsminister, Staatssekretär des Innern, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, es war zunächst an mich die Frage gerichtet, wie ich zur Gründung einer Zentralstelle zur Förderung der Textilindustrie stände. Ich glaube, auf diese Frage heute nicht weiter eingehen zu brauchen, da ich mich schon vor einigen Tagen zu dieser Frage geäußert habe. Ich habe damals erklärt, es ist mir zweifelhaft, ob eine derartige Einrichtung aus Reichsmitteln und als Reichsanstalt nötig ist, solange ich nicht die Ueberzeugung habe, daß die bestehenden, von den Bundesstaaten getroffenen Einrichtungen genügen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Ich habe wiederholt gesagt, meine Herren, wir sollen uns hüten, in Zeiten schwieriger Finanzverhältnisse das Reich mit Unternehmungen zu belasten, die, wenn sie gut betrieben werden sollen, außerordentlich große Mittel und einen Reichstag erfordern, der jederzeit bereit ist, das zur Verfügung zu stellen, was notwendig ist, um eine derartige Anstalt auf der Höhe zu erhalten, die sie haben muß, wenn sie der Industrie tatsächlich nützen soll. Aber, meine Herren, ich habe mich bereits vor einigen Tagen bereit erklärt, unter Fühlungnahme mit der Industrie und mit den Bundesstaaten die Frage zu prüfen, ob eine derartige Einrichtung tatsächlich notwendig ist und ob sie in der vom Herrn Abg. Schiffer geschilderten Weise am zweckmäßigsten geschaffen werden kann. Ich glaube, man kann Bestimmtes heute nicht zuzagen; die Sache bedarf einer eingehenden Prüfung. (Abg. Schiffer ruft: Das genügt vorläufig!)

**Abg. Dove** (Fortschrittliche Volkspartei): Meine Herren, was die Hebung der Produktion von technischen Rohstoffen in den deutschen Schutzgebieten betrifft, so berührt sich das ja gewiß mit den Fragen, die für die Textilindustrie von großer Erheblichkeit sind; denn die Frage der Beschaffung der nötigen Rohstoffe ist in der Tat einer der Punkte, die die Schwierigkeiten in unserer Textilindustrie hervorrufen. (Sehr richtig! links.) Aber diese Frage wird ja zu lösen gesucht durch unsere Tätigkeit auf dem kolonialen Gebiet teils in unserem Kolonialetat, teils auch durch Privatbestrebungen. Ich erinnere nur an die Tätigkeit des Kolonialwirtschaftlichen Komitees. Sie wird ja auch international betrieben; denn alle Textilwaren fabrizierenden Länder sind dabei interessiert, daß die Produktion nicht ausschließlich in den Händen der Vereinigten Staaten liegt, sondern daß Konkurrenzproduktionsgebiete geschaffen werden, um gesündere Bedingungen herbeizuführen. Also, meine Herren, dieser Resolution kann man sehr wohl zustimmen, aber es ist die Frage, ob sie hierher gehört.

Was den ersten Teil, die Zentralstelle, anbetrifft, so hat der Herr Staatssekretär zugefagt, daß er die Sache prüfen wolle, und wenn hier statt „in Aussicht zu nehmen“ stände „in Erwägung zu ziehen“, so hätte ich gegen die Unschädlichkeit dieser Resolution nichts einzuwenden. (Weiterkeit.)

**Abg. Behrens** (Wirtschaftliche Vereinigung): Meine Herren, ich will noch einiges zu der Resolution Nr. 841, die uns vom Herrn Kollegen Schiffer zur Förderung der heimischen Textilindustrie vorgelegt worden ist, sagen. Wir werden dieser Resolution zustimmen, denn wir halten eine solche Zentralstelle zur Hebung und Förderung der heimischen Textilindustrie, die von einer großen Anzahl nennenswerter Industrieller gewünscht wird, für angebracht, und ich empfehle sehr, daß der Herr Staatssekretär dieser Sache wohlwollend nähertritt.

Um den von Berlin entfernteren liegenden bedeutenden Textilindustrieregionen, insbesondere in Rheinland, Westfalen und Süddeutschland, eine solche Prüfungsstelle möglicher zu machen, dürfte es sich empfehlen, in Süddeutschland und in Westdeutschland Nebenstellen der Zentralprüfungsstelle zu errichten. Dem zweiten Teil der Resolution, der verlangt, daß zur Hebung der Produktion von Textilrohstoffen in den deutschen Schutzgebieten geeignete Maßnahmen getroffen werden sollen, stimmen wir gern zu; denn außer mit Weizen, Petroleum, Kupfer, Zucker treiben die amerikanischen Baumwollenerzeuger wohl kaum ein für unser Wirtschaftsleben schlimmeres Spiel als gerade mit Baumwolle. Amerika ist der eigentliche Hauptproduzent von Baumwolle. Unsere deutsche Textilindustrie, die ein außerordentlich erheblicher

Verbraucher der amerikanischen Baumwolle ist, befindet sich in ziemlicher Abhängigkeit von Amerika. Die Baumwollproduktion der Welt, wie in der uns vom Kolonialamt überreichten vorläufigen Denkschrift über die Baumwollfrage dargelegt ist, reicht ja überhaupt nicht mehr für den Weltbedarf aus. Wir können zur Sicherung unserer deutschen Textilindustrie und der mehr denn eine Million Menschen, die direkt und indirekt von der Textilindustrie leben, nicht anders als der Abhängigkeit von Amerika heraustrücken, als daß wir in unseren deutschen Schutzgebieten möglichst die nötigen Textilrohstoffe erzeugen. Erfreulich ist, daß zu diesem Zwecke im Kolonialwirtschaftlichen Komitee nicht nur direkte Interessenten, sondern auch solche Kreise sich zusammengesunden haben, die ein direktes Interesse an der Baumwollproduktion haben. Ich möchte hier hervorheben, daß auch in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen dieser äußerst wichtigen Frage die allergrößte Aufmerksamkeit gewidmet wird, und besonders darauf hinweisen, daß der christlich-nationale Textilarbeiterverband bereits seit acht Jahren durch seine Mitgliedschaft zum Kolonialwirtschaftlichen Komitee sein Interesse an den Bestrebungen zur Beschaffung von Rohbaumwolle durch Förderung der Baumwollkultur in unseren deutschen Kolonien gezeigt hat. Es ist hiermit der christliche Textilarbeiterverband dem Vorbild der englischen Textilarbeiterverbände gefolgt, die im Laufe der letzten Jahre fast eine Million Mark für denselben Zweck an das englische Kolonialwirtschaftliche Komitee gezahlt haben. Also, wir empfehlen diese Resolution zur Annahme. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

**Dr. Arendt** (Reichspartei): Meine Herren, wenn ich gegen 1/29 noch das Wort nehme, so geschieht es, weil ich zu dem Statistitel selbst noch eine Bemerkung machen möchte; auf die allgemeine Erörterung werde ich nicht eingehen.

Es ist zu diesem Statistitel eine Resolution Nr. 841 der Druckfachen von den Herren Abgeordneten Schiffer, Linz und anderen gestellt worden, der ich mit vollem Herzen zustimme, über die ich eine besondere Freude empfinde, weil sie wirklich einen außerordentlich wichtigen Punkt berührt, und weil es sehr erfreulich ist, daß gerade auch die Kreise, die der Herr Abgeordnete Schiffer vertritt, daß die arbeitenden Klassen anfangen, den hohen Wert der Baumwollkulturen in unseren Kolonien zu begreifen. Zugleich aber möchte ich bemerken, daß unter diesem Titel 18 schon bisher Aufwendungen nach dieser Richtung hin gemacht worden sind. Es sind in sehr dankenswerter Weise aus diesem Statistitel dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee Mittel zur Verfügung gestellt worden, um die deutsche Maschinenindustrie zu befähigen, für die kolonialen Bedürfnisse des Baumwollbaues und ähnlicher Industriezweige die geeigneten Maschinen zu beschaffen, während bisher zu meist diese Maschinen im Auslande bestellt wurden. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß auch künftig diese Zuwendungen an das Kolonialwirtschaftliche Komitee zu diesem Zweck gegeben werden, und da sie von 50 000 auf 30 000 M. herabgesetzt worden sind, so glaube ich, daß die verbündeten Regierungen der Resolution 841 nicht besser entsprechen können, als wenn sie diese Subventionierung aufrecht erhalten und wieder auf den früheren Stand von 50 000 M. erhöhen möchten.

Ich beschränke mich auf diese Bemerkungen und bitte, die Resolution anzunehmen. (Bravo! rechts.)

**Vizepräsident Dr. Spahn** (Bonn): Wir kommen zur Abstimmung.

Ich stelle fest, daß die Titel 18 und 19 angenommen sind. Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche die Resolution Schiffer und Genossen auf Nr. 841 annehmen wollen — (Abgeordneter Dove: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dove.

Dove, Abgeordneter: Herr Präsident, ich bitte, über die beiden Teile der Resolution getrennt abstimmen zu lassen.

**Vizepräsident Dr. Spahn** (Bonn): Schön, ich werde dem Wunsche entsprechen, wenn die Antragsteller nicht widersprechen — was nicht geschieht.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Nr. 1 der Resolution Schiffer und Genossen auf Nr. 841 der Druckfachen annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Mit Ausnahme eines Teiles der Fortschrittlichen Volkspartei stimmt das Haus dem ersten Teile der Resolution zu.) Das ist die Mehrheit: Nr. 1 der Resolution ist angenommen.

Dann bitte ich diejenigen Herren, welche die Nr. 2 der Resolution annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit (Zuruf: Einstimmig!); die Resolution als Ganzes ist angenommen.

Der Zentralvorstand unseres Verbandes hatte im Auftrage der Aachener Generalversammlung an den Bundesrat und den Reichstag folgende

**Petition**

gerichtet: Die III. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (1910 zu Aachen) befürwortet grundsätzlich eine gesunde Gewerbepolitik, wobei

die Interessen der Industrie durch alle Interessenten (auch die Gewerkschaften) eine gemeinsame Förderung erfahren.

In Erwägung, daß die deutsche Textilindustrie hinsichtlich des Bezuges von Rohstoffen (besonders Wolle und Baumwolle) in äußerst empfindlicher Weise vom Ausland abhängig ist und zeitweise hart bedroht wird —

in weiterer Erwägung, daß es sich hierbei infolge periodisch eintretender Materialknappheit und hoher Preise um eine wirtschaftliche Lebensfrage für die nationale Volksgemeinschaft handelt —

in schließlicher Erwägung, daß eine energische Förderung der Schafwollproduktion und der Baumwollkulturen in den deutsch-afrikanischen Kolonien auf Grund der bisherigen Erfahrungen begründete Aussicht auf entsprechenden Erfolg bietet —

richtet die Generalversammlung an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die dringende Bitte, die Produktion von Wolle und Baumwolle in den deutsch-afrikanischen Kolonien (im Interesse der heimischen Textilindustrie, der gesamten deutschen Bevölkerung und nicht zuletzt im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Kolonien) in geeigneter Weise wirksam (besonders auch finanziell) zu fördern."

In der Sitzung des Reichstages vom 24. März 1911 kam diese Petition gelegentlich der Beratung des Kolonial-etats mit zur Verhandlung, nachdem sie bereits in der Budgetkommission besprochen und befürwortet worden war. Der Referent, Abg. Erzberger, beantragte namens der Budgetkommission, die Petition des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen."

Der Reichstag stimmte diesem Antrage einstimmig zu.

Zur allgemeinen Förderung tropischer und subtropischer Kulturen (besonders Baumwolle) in den deutschen Schutzgebieten sind vorgesehen:

a) im Etat des Reichsamts des Innern aus dem Patiabgaben-Fonds . . .	200 000 M.
b) im Etat für Ostafrika . . .	110 000 "
c) im Etat für Kamerun . . .	65 000 "
d) das Kolonialwirtschaftliche Komitee erhält für die Beschaffung von Baumwollerntheilungsmaschinen eine Subvention vom Reichsamt des Innern im Betrage von . . .	30 000 "

Die Frage der Förderung der Baumwollkulturen wird in nächster Zeit Gegenstand einer weiteren eingehenden Debatte in der Budgetkommission des Reichstages sein. Auf diese Verhandlungen werden wir später zurückkommen.

## Der korporative Gedanke im heutigen Sozial- und Wirtschaftsleben.

Man rühmt dem Mittelalter mit Recht nach, daß es eine außerordentliche Befruchtung der genossenschaftlichen Idee geseigt habe. Das ganze öffentliche Leben stand unter dem Genossenschaftsprinzip. Vor allem ausgebildet war dies — was uns am meisten interessiert — in der Gewerbeverfassung. Die Zünfte sind ja einem jeden bekannt. Sie waren „Zwangverbände“, die unter obrigkeitlicher Sanktion errichtet waren. Die Mitgliedschaft war die Voraussetzung für die Ausübung eines Gewerbes. Der genossenschaftliche Gedanke, der in den Zünften herrschte, ließ das Handwerk erblühen und sicherte dem Ausübenden ein leidliches Unterkommen, er sorgte für die Kranken und Armen im Gewerbe u. a. m. Sobald der gemeinnützige Zweck zurücktrat oder gar verschwand, sank auch das Ansehen und die innere Macht der Zunft und damit das Gewerbe selbst.

Der Gedanke der Assoziation, der korporativen Zusammenfassung und des Zusammenschlusses, feierte seine Aufrichtung, nachdem es sich gezeigt hatte, daß der Individualismus nicht imstande war, einen auch nur einigermaßen befriedigenden Zustand im Gemeinheitsleben herbeizuführen. Der Individualismus reißt die Kräfte eines Volkes, eines Standes auseinander, zersplittert sie in Atome. Ein Kampf aller gegen alle ist die Folge. Das innerste Bedürfnis unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens hat wieder zu den mannigfaltigsten Assoziationen geführt. Wir unterscheiden zwei große Gruppen — rein äußerlich betrachtet: 1. solche, die einen Zwangscharakter tragen, deren Mitgliedschaft durch Gesetz verlangt und erzwungen wird, 2. solche, bei denen sie auf freiem Willen beruht. Die einzelnen Gebilde verfolgen entweder politische, wirtschaftliche oder allgemein soziale Zwecke. Die ersteren können aus unserer Besprechung auscheiden. Das meiste Interesse beanspruchen die Vereinigungen mit wirtschaftlichen und sozialen Zwecken; eine genaue Trennung zwischen diesen wird in den meisten Fällen nicht möglich sein, da beide Zwecke vielfach Hand in Hand gehen.

Die Schaffung eines Weltmarktes, der durch unsere modernen Verkehrsmittel erst ermöglicht wurde, hat die Konkurrenz im Wirtschaftsleben unter den Angehörigen der einzelnen wirtschaftlichen Stände ungeheuer verschärft. Lange bekämpften sich die Unternehmer in einem wahren Vernichtungskampf. Die Anarchie in der Produktion schuf Krisen, unter denen Arbeitgeber und noch in erhöhtem Maße die Arbeitnehmer zu leiden hatten. Die Unternehmer lernten unter der Not wirtschaftlichen Zwanges, daß es nicht reicht, sich zum Vorteil Dritter zu bekämpfen, sie sahen ein, daß es ihnen besser belomme, ihre gemeinsamen Interessen diesen Dritten gegenüber hervorzuheben zu lassen, und so kam es zu den Unternehmervereinigungen. In einer anderen Art Unternehmerorganisation trug die bedeutende Entwicklung der Arbeiterorganisationen bei. Wir können also

im allgemeinen zwei Arten von Unternehmerverbänden unterscheiden, Kampfvereine gegen die Arbeiter und Vereine, die in erster Linie einen mehr geschäftlichen Zweck verfolgen. Auch hier wird sich die Unterscheidung nicht streng durchführen lassen, da beide Zwecke oft miteinander verbunden sind. Es kommt übrigens auch wohl vor, daß ein Unternehmerverein, der sich in erster Linie gegen die Arbeiter gebildet hat, ein eminent wichtiger Faktor für die gesamte Wirtschaftsgewandlung des betreffenden Standes wird. Ich erinnere hier an den Buchdrucker-verein, der als Prinzipalsorganisation nicht nur zur Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder sehr viel getan hat, sondern auch an der Erhaltung des sozialen Friedens im Buchdruckergewerbe einen großen und rühmlichen Anteil hat.

Die Organisation und die Aufgaben der einzelnen Unternehmerverbände sind sehr verschieden. Wir kennen ganz lose Vereinigungen, wir kennen aber auch Syndikate, die auf Produktion und Preisbildung den weitgehendsten Einfluß ausüben. Da wird genau bestimmt, wie viel der Einzelne produzieren darf. (Die Produktion wird kontingentiert.) Des weiteren wird die Preisbildung einheitlich reguliert. Manche Syndikate gehen sogar so weit, daß sie den unmittelbaren Verkehr zwischen Produzent und Konsument ausschalten und eine Vertikalisierung zwischen beide schieben, wie das z. B. im Kohlenkontor, der Verkaufsstelle des Kohlen-syndikats der Fall ist.

Die meisten Syndikate finden wir in der Montan-, Eisen- und Metallindustrie. Auch die chemische und vor allem die Textilindustrie weist zahlreiche Verbände auf; allerdings haben die letzteren meist nur loses Gefüge. Es würde zu weit führen, auf einzelne Industrien näher einzugehen, nur das sei erwähnt: der Gedanke eines Zusammenschlusses der einzelnen Industriezweige gewinnt immer weiteren Raum. Und nicht nur die Großbetriebe, auch die Kleinbetriebe kartellieren sich, so z. B. auch die Partikulierschiffer auf dem Rhein, um mit den großen Reedereien konkurrieren zu können.

Zeigt sich rein äußerlich eine starke Konzentration, so noch mehr, wenn wir die Entwicklung in einem Syndikat betrachten. Es ist eine schon wiederholt betonte Erscheinung, daß gerade in den kartellierten Industrien die Konzentration starkes Fortschrittmach macht. Die Zahl der Betriebe verringert sich: diese Erscheinung ist nichts anderes als der Erfolg des Kampfes der Großen gegen die Kleinen, der auch in den Syndikaten seinen Fortgang nimmt. Die Kämpfe um die Mitgliedschaftsziffern, die in letzter Zeit in unseren bedeutendsten Verbänden, im Stahlwerksverband und im Kohlen Syndikat geführt werden, sprechen laut genug und die die Erneuerung des Syndikats sogar in Frage stellen. Von einer immer mehr sich ausdehnenden Konzentration gehen uns die Verhältnisse in der elektrischen Industrie, wo nur noch zwei große Interessengruppen, deren endliche Vereinigung gar nicht so unwahrscheinlich ist, bestehen.

Eine eigentümliche Syndizierung hat unser modernes Wirtschaftsleben hervorgebracht, nämlich die der Arbeit. Allerdings ist der Geist, von dem beide Verbände besetzt werden, ein grundverschiedener. Dort das Bestreben, sich Monopolpreise zu schaffen, vielfach unbekümmert um die primitivsten Bedürfnisse des Wirtschaftslebens und unbekümmert um die sozialen und auch politischen Folgen. Mit einem Wort — das Streben nach Gewinn beherrscht alles. In der Gewerkschaftsbewegung aber muß — soll sie etwas erreichen, ein starker Idealismus, ein großer Glaube an den Sieg der Gerechtigkeit und viel Opfermut vorhanden sein. Ist das vorhanden, dann ist die Gewerkschaft nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Organisation von größter kultureller Bedeutung. Die verschiedenen Gruppen unserer bestehenden Gewerkschaften bedürfen an dieser Stelle keiner näheren Charakterisierung. Ihre Stellung dem Volksganzen gegenüber ist bekannt. Auf der einen Seite rücksichtsloser Klassenkampf, der nur durch den Haß und das materielle Interesse bedingt ist, auf der anderen Seite ein sicheres Bewußtsein der außerordentlich großen Aufgaben sowohl in allgemeiner sozialer Beziehung, als auch der speziellen dem eigenen Stande gegenüber. Weil die christlichen Gewerkschaften die Gerechtigkeit zum Prinzip ihres Handelns gemacht haben, haben sie eine große soziale und nationale Bedeutung. Hier finden wir wieder ein Stück des genossenschaftlichen Geistes, der die Interessen seiner Standesgenossen mit aller nur wünschenswerten Energie vertritt, ohne die der anderen Berufsgruppen ungerechterweise zu schädigen.

Der korporative Gedanke ist zur Tat geworden bei Arbeitern und Unternehmern, und der Staat hat aus dieser Tatsache seine Konsequenzen gezogen. Er erkannte, daß der wirtschaftliche Liberalismus bei der Lösung einer jeden sozialen Frage versagen mußte. Er selbst ging nun dazu über, Zwangsorganisationen zu gründen, auf denen ja bekanntlich unsere Unfall- und Invaliditätsversicherung und in einem gewissen Sinne auch die Krankenversicherung ruht. Und die nächste Zeit wird uns wohl ein weiteres hierzu gehörendes Glied bringen — die Privatbeamtenversicherung.

All das Große, was heute erreicht ist, ruht auf der Vereinigung von Einzelkräften. Dies gilt vielfach von unserem Wirtschaftsleben, noch mehr aber und unbedingt auf sozialem Gebiete. Gerade hier hat es sich gezeigt — ich erinnere an die Gewerkschaftsbewegung — was die Selbsthilfe zu leisten imstande ist, die Selbsthilfe nicht im Sinne der liberalen Wirtschaftstheorie, sondern die durch gemeinsames Vorgehen bewerkstelligte. Sie allein ist es, die dem Arbeiter eine würdige Eingliederung in das Volksganze verschaffen kann. Diese Einsicht muß jeden Arbeiter durchdringen, dem am Wohle seines Standes und damit an seinem eigenen etwas gelegen ist. Das: „Organisiert euch!“ ist keine leere Agitationsphrase — es ist ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung!

## Die „Entrechtung“ im neuen Krankenversicherungsgesetz.

In der sozialdemokratischen Presse wird in den letzten Wochen kräftig Spektakel geschlagen gegen einige Beschlüsse der Kommission zur Durchberatung der Reichsversicherungsordnung, die einem Mißbrauch mit den Posten in der Krankenversicherung für irgend welche politischen oder religiösen Zwecke nach Möglichkeit einen Riegel vorschoben wollen. Die sozialdemokratischen Blätter fühlen sich nun arg getreten; sie stellen es so dar, als ob in der Krankenversicherung ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie geschaffen und allen sozialdemokratischen gesinnten Angestellten jede politische Betätigung unterbunden und den Sozialdemokraten überhaupt die Stellungen in den Krankenkassen verschlossen werden sollte. In diesem Sinne reden sie von einer „Entrechtung der Arbeiter“, von einem „schändlichen Plane“, wie sie immer das Interesse der Arbeiter vorschreiben, wenn ihre agitatorischen Bedürfnisse Gefahr laufen, Schaden zu erleiden. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Weder von einer „Vergewaltigung“ noch von einer „Entrechtung“ oder einem „schändlichen Plane“ kann die Rede sein. Wenn die gemeinten Kommissionsbeschlüsse faktisch eine Beschränkung der bisher von den Arbeitern in der Krankenversicherung innegehabten Selbstverwaltung bringen, dann ist das leider verursacht durch den Mißbrauch, der vielerorts bis ins Maßlose von den Sozialdemokraten auf Grund ihres Einflusses und ihrer Stellung mit den Posten in der Krankenversicherung getrieben worden und der in weiten nichtsozialdemokratischen Arbeiterschichten bald unerträglich geworden ist.

Bisher beschloß über die Besetzung irgendwelcher Stellen in den Krankenkassen einfach die zwei Drittel Mehrheit der Generalversammlung. Infolge ihres Uebergewichtes war es den Genossen nun in zahlreichen Ortsklassen möglich, Leute von ihrer Gesinnung in die Posten hineinzubringen. Das wäre nun nicht so schlimm, wenn damit nicht der ärgste Mißbrauch getrieben worden wäre. Es wurden Freistellen vielfach gemacht, Leute angestellt, deren ganze Qualifikation für den Posten in ihrer wackelhaften „roten“ Gesinnung, ihrem schnodderigen Mundwert, ihrer agitatorischen Befähigung bestand, selbst wenn ihnen die eigentliche Brauchbarkeit für das Amt vollständig abging. So hat sich die Sozialdemokratie mit Hilfe der Krankenversicherung zahlreiche freigestellte Agitatoren verschafft, die von dem Gelde der christlichen Arbeiter und dem der Arbeitgeber mitbezahlt werden. Wie rücksichtslos aber darüber hinaus noch die Sozialdemokraten ihre Vorherrschaft in den Krankenkassen ausnützen, beweist, um nur einen Fall herauszugreifen, der Düsselborfer Anstellungsvertrag, der in zahlreichen Klassen Nachahmung fand und vielfach auf Lebenszeit geht.

Nach diesem Vertrage konnte ein Krankenkassenbeamter selbst dann nicht aus seinem Amte entfernt werden, wenn er wegen schwerer Vergehen bestraft worden war. Hatte er sechs Monate Gefängnis abzupassen, wurde ihm sein Gehalt weitergezahlt. Wurde er wegen politischer oder religiöser Vergehen bestraft, so durfte ihm nicht gekündigt werden. Allein in Preußen sind bis heute 750 Verträge der beanstandeten Art abgeschlossen worden. Auch in Bayern und Sachsen waren mehrere solcher Verträge in Geltung, so daß die Erhebungen der verbündeten Regierungen bislang mehr als 1100 solcher ungeheuerlichen Verträge feststellen konnten. Wie maßlos frech die Genossen in der Ausnutzung ihrer Stellung sind, beweist ferner, daß in dem Bureau einer von einem Genossen geleiteten Berliner Klasse ein Plakat hing, das zum Austritt aus der Landeskirche aufforderte.

An der Beseitigung dieser skandalösen Zustände hat die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft aus grundsätzlichen und praktischen Gründen das weitgehendste Interesse. Die Regierung suchte dem in ihrem Entwurfe durch eine radikale Besserung der Selbstverwaltung der Arbeiter zu begegnen, indem sie die Hälfte der Beiträge und der Rechte vorsah. Dem hat sich die christlich organisierte Arbeiterschaft mit Erfolg widersetzt. Nimmehat die Kommission auf folgender Basis einen Ausweg gefunden, um zur Beseitigung eines Mißbrauchs der Posten in der Krankenversicherung zu gelangen: Die Zweidrittelmehrheit der Arbeiter bleibt. Nur bei der Anstellung der Beamten der Krankenkassen soll in Zukunft das eine Drittel Arbeitgeber im Vorstand der Klasse soviel zu sagen haben wie die zwei Drittel Arbeiter. Die beiden Teile im Vorstand, Arbeitgeber und Arbeiter, sollen sich verständigen über die jeweils tüchtigsten Personen und diese zu Kassenbeamten machen. Dadurch soll es den Sozialdemokraten unmöglich gemacht werden, ihre Agitatoren, weilsie Sozialdemokraten sind, in gutbezahlten Stellen der Krankenkassen als Angestellte unterzubringen; des weiteren, diese Stellen zu mißbrauchen zur Propaganda für die sozialdemokratische Partei und die „freien“ Gewerkschaften, sie zu mißbrauchen zu einem fiktiven Terrorismus gegen christlich-nationale Arbeiter.

Die neue Grundlage bei der Anstellung von Kassenbeamten soll also die Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern im Vorstande sein. Wenn keine Verständigung erfolgt, gehen die Dinge folgenden Weg: Die Beschlusfassung wird zunächst auf einen anderen Tag abverraunt. Wird auch dann keine Einigung erzielt, so kann die Anstellung beschlossen werden, wenn mehr als zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen; ein solcher Beschluß bedarf allerdings der Bestätigung durch das Versicherungsamt. Sie darf aber nur auf Grund von Tatsachen verfaßt werden, die darauf schließen lassen, daß dem Vorgeschlagenen die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte, oder Fähigkeit fehlt. Wird die Bestätigung verweigert, so entscheidet auf Veranlassung des Vorstandes das Oberversicherungsamt (Beschlusammer) endgültig.

Sohne dieses Bestätigungsrecht, wogegen die Sozialdemokraten mit besonderer Schärfe ankämpfen, würde der Zweck der Bestimmung nur in wenigen Fällen erreicht werden können. Die "Genossen" suchten dann einfach eine zweite Beschlussfassung zu provozieren, bei der sich auch die sozialdemokratischen Arbeitgebervertreter zu ihnen gesellen würden, und das alte Uebel wäre wieder da. Es ist von der Regierung und den bürgerlichen Parteien ausdrücklich zu Protokoll gegeben worden, daß eine Bestätigung nicht aus dem Grunde verweigert werden darf, weil der Gewählte Sozialdemokrat ist.

Um den bereits, vielfach auf Lebenszeit angestellten Beamten einen Mißbrauch ihrer Stellung nach Möglichkeit zu verhindern, ist ein § geschaffen worden, der besagt, daß "Angestellte, die ihre dienstliche Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen", zu verwarnen und im Wiederholungsfalle sofort zu entlassen sind.

Eine Unterbindung der politischen oder religiösen Freiheiten der Angestellten ist durchaus nicht beabsichtigt, sie können nach wie vor sich an den Arbeiten und Bestrebungen ihrer Partei nach Herzenslust beteiligen. Verhindert werden soll nur die mißbräuchliche Ausnutzung ihres Amtes zu parteiischen und anderen Zwecken. Das besagt der vorhin erwähnte § ausdrücklich, indem er bestimmt:

"Eine religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder Entlassung."

Und damit auch mit dieser Bestimmung kein Mißgriff zuungunsten der Sozialdemokraten getrieben werden kann, ist sie in der Kommission, wiederum zu Protokoll, dahin ausgelegt worden, daß es kein Mißbrauch der Dienstgeschäfte oder der dienstlichen Stellung des Angestellten zu politischen Zwecken sei, wenn er etwa Verordnungen der Behörden oder Urteile auf Grund der Arbeiterversicherung usw. kritisiert. Aus all dem geht hervor, daß das sozialdemokratische Gerede, man wolle die Sozialdemokraten grundsätzlich von der Zulassung zu Kassenbeamten ausschließen, abolut unwarhaft ist.

Wenn nun ein Anstellungsvertrag überhaupt nicht zu Stande kommt, dann kann das Versicherungsamt widerrechtlich eine Person bestellen. Hat sie die Geschäfte ein Jahr lang geführt, kann das Versicherungsamt sie endgültig anstellen.

Die Sozialdemokratie behauptet nun, die Regelung der Anstellungenfrage bringe die Militäranwälter in die Prekarität. Daraus ist erstens zu bemerken, daß Vorrechte für die Militäranwälter gesetzlich ausgeschlossen sind (§ 369 der Kommissionsbeschlüsse). Und einen tüchtigen Militäranwalt prinzipiell auszuschließen, können doch die Sozialdemokraten nicht wollen, denn das wäre ja ein "Ausnahmegesetz". Zweitens: Es kann doch erst dann ein Kassenbeamter vom Versicherungsamt angestellt werden, wenn weder eine Einigung über die Persönlichkeit des Anzustellenden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im Vorstande der Kasse erzielt, noch die Bestätigung des andernfalls in dem andern oben geschilderten Verfahren bestellten Beamten erfolgt ist. Und wenn keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter über die anzustellende Persönlichkeit erzielt wird, können die Sozialdemokraten dann nicht in dem zweiten Wahlverfahren, das ja im wesentlichen und meist auch in der Wirkung das bisherige ist, einen der Jährigen wählen, der auch den christlichen Arbeitern unparteiisch entgegentritt, überhaupt unparteiisch die Geschäfte führen wird? Dann muß er ja bestätigt werden, und der Militäranwalt kommt nicht.

Übrigens geht aus dem Verhalten der Sozialdemokraten in diesem Falle wieder zur Evidenz hervor, wie sehr sie mit zweierlei Maß messen. Gerade sie schlagen einem höllischen Lärm, wenn irgend ein bürgerlicher Beamter oder Angestellter seine Stellung zugunsten einer bürgerlichen Partei ausnimmt. In diesem Falle aber, wo es ihre eigenen Interessen angeht, da redet und schreibt sie von einer "Entrechtung", "Vergewaltigung", einem "schändlichen Plane".

### Aus der Arbeiterbewegung.

**Wo stehen wir in der deutschen Arbeiterbewegung.** Unter dieser Ueberschrift gibt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften neben ein vierseitiges Flugblatt heraus, worin mit den "freien" Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gründlich abgerechnet wird.

Einsleitend wird erwähnt, wie sich die christlichen Gewerkschaften die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Aufgabe gestellt haben und Gegenwartsarbeit verrichten, die Sozialdemokratie dagegen von undurchführbaren Zukunftsplänen träume. Sie hätte sich zum Ziele gesetzt eine ganz neue Staats- und Wirtschaftsverfassung. Aus diesem Grunde nimmte auch die Sozialdemokratie gegen die verschiedensten Verbesserungen und Einführungen auf dem Gebiete des Arbeiterlohnes und der Arbeiterversicherung, was eingehend dargelegt wird. Ihre arbeiterförmige Haltung wird ihnen kräftig zu Gemüte geführt.

Es wird dann darauf hingewiesen, wie gerade die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften den Scharwachern Wasser auf ihre Mühlen liefern. Die Reaktion wache mit dem Wachstum der Sozialdemokratie. Der Widerspruch zwischen sozialistischer Theorie und Praxis wird jedoch in dem Flugblatte aufgezeigt. Nur Selbstbetrug und Unehrlichkeit führten über diese Grundzüge hinweg. Gerade die Sozialdemokratie sei ein Hemmnis der gewerkschaftlichen Entwicklung, dadurch, daß die "freien" Gewerkschaften sich der Partei

unterzuordnen hätten. Die Partei diktiert und die Gewerkschaften dürfen bezahlen. Die verheerende Tätigkeit der Partei gegen die Gewerkschaftsführer zeitigte schon ihre Früchte, wofür Beispiele angeführt werden. Der Kampf, der jetzt in der gemeinsten Weise gegen die christlichen Gewerkschaften geführt würde, solle nur über die eigenen Schwächen hinweghelfen und ablenken. Christliche Arbeiter! Nehmt den Spieß um, ruft uns das Flugblatt zu und gibt Material hierzu an die Hand. Erinnerung wird an Dummheiten über Dummheiten, die die "freien" Gewerkschaften begangen, Arbeiterverrat über Arbeiterverrat, den sie ausgeübt. Ihre Doppelmoral wird ihnen vor Augen gehalten und die Unmöglichkeit der Verwirklichung des sozialdemokratischen Endzieles an der Hand von Ausprüchen aus den eigenen Reihen vordemonstriert.

Einen zweiten Raum nimmt die Darlegung ein, wie die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften zu den Tarifverträgen stehen und der Beweis geführt, daß sie dieselben lediglich als Mittel zur Macht betrachten. Sodann werden die Aufgaben der christlichen Arbeiter für die Zukunft aufgezeichnet und zum Schluß auf die Erfolge der christlichen Gewerkschaften hingewiesen.

Das Flugblatt soll unter den christlichen Arbeitern zur Verteilung gelangen. Sie sollen es lesen, studieren und weiter geben. Zu diesem Zwecke haben die einzelnen Ortsgruppen die nötige Anzahl Flugblätter zugestellt erhalten. Wir bitten die Vorstände, für eine rege Verbreitung Sorge zu tragen.

**Wieder sozialdemokratische Arbeitsmonopole.** In Solingen ist es den sozialdemokratisch organisierten Freigeur-Geleuten gelungen, für ihren Verband das Arbeitsmonopol zu erlangen, das in manchen Punkten weit über die bisher bekannt gewordenen Monopolbestimmungen hinausgeht.

Nach dem Tarife sind die Prinzipale verpflichtet, die Geleuten vom Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation anzunehmen, und zwar organisierte. Kann der Verband der Freigeur-Geleuten nicht genügend Organisierte stellen, ist der Prinzipal allerdings berechtigt, Nichtorganisierte anzustellen, er muß dann aber dafür sorgen, daß die Geleuten innerhalb vier Wochen dem Verbands beitreten. Lehnen die Geleuten den Beitritt zum Verbands ab, so kann der Prinzipal sie dann weiter beschäftigen, wenn er für sie die Verbandsbeiträge bezahlt. In dem Tarife ist ferner der 1. Mai als Feiertag festgelegt.

In Pottbus hat der sozialdemokratische Bäder- und Konditorverband einen Tarifvertrag abgeschlossen, der nach einem Bericht der sozialdemokratischen "Märktischen Volksstimme" (Nr. 48 vom 25. Febr. 1911) die Bestimmung enthält, daß "nur (sozialdemokratische) Verbandsmitglieder beschäftigt" werden dürfen.

In der Lebensmittelbranche haben die Sozialdemokraten mit dieser Gewaltpolitik schon in vielen Fällen Erfolg gehabt. Schwer verständlich ist mir, wie sich Arbeitgeber zu dieser indirekten Unterdrückung der christlichen Arbeiterbewegung und Förderung der Sozialdemokratie hergeben können.

Ein weiteres Arbeitsmonopol erstreben die sozialdemokratisch organisierten Schuhmacher in Suttgart. Dort sollten zwecks Erneuerung des Tarifvertrags die Verhandlungen mit den Arbeitgebern beginnen und laut einstimmigem Beschluß der Arbeitgeberorganisation beide am Orte bestehende Gehilfenorganisationen der Schuhmacher (christliche und sozialdemokratische) zugezogen werden. Da erklärten die sozialdemokratischen Vertreter vor Beginn der Verhandlungen kategorisch, im Beisein der christlichen Vertreter nicht zu verhandeln. Mit Recht wurde ihnen von den Arbeitgebern erwidert, daß dies entgegen der von den Sozialdemokraten angeblieh vertretenen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei; ferner wurde ihnen mit aller Deutlichkeit erklärt, daß man sich darauf unmöglich einlassen könne, da laut Statutenbeschlüß beide Organisationen bei den Verhandlungen vertreten sein sollten. Darauf verließen die Sozialdemokraten das Lokal und veranlaßten ihre Anhänger, die Kündigung einzureichen.

Es ist geradezu empörend, wie durch die Intoleranz und Herrschsucht sozialdemokratischer Führer die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten werden. Wohin würde die Entwicklung gehen, wenn keine christlichen Gewerkschaften da wären, die der sozialdemokratischen Gewaltpolitik wirksam entgegentreten könnten!

**Konfessionelle Verhegung und Hirsch-Dundersche Gewerksvereine.** Bei den jüngsten Preisdebatten über das Verhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und der katholischen Kirche ist leider nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch hier und da von bürgerlicher Seite der konfessionelle Keil in die christlich-nationale Arbeiterfront hineinzutreiben versucht worden. Auch Hirsch-Dundersche Organe haben sich nach der Richtung hin wieder bewährt und im Trüben zu fischen versucht. In einem evangelischen Arbeitervereinsorgan in Schiefen hatte ein Herr Pastor Müller einen konfessionell verhegenden Artikel veröffentlicht, worin es u. a. hieß, die christlichen Gewerkschaften wären

nichts anderes als ein Instrument der katholischen Kirche, zu dessen Stärkung und Ehrlahrung die hunderttausende evangelischer Gewerkschaftsmitglieder, ob sie wollen oder ob sie sich fürchten, ob sie es zugeben oder ableugnen, mithelfen."

Darum war eine Maßnahme an die evangelischen Arbeiter gewappnet, gegenüber den christlichen Gewerkschaften vorichtig und wachsam zu sein.

Ein in Mitteldeutschland erscheinendes Hirsch-Dundersches Blatt drückt den Besartitel schmunzelnd ab. Der Herr Pastor Müller habe "mit seiner recht irdischen Kritik den Nagel auf den Kopf getroffen". Seine Warnung an die evangelischen Arbeiter sei "weniger als berechtigt"

und letztere — das ist der Zweck der Uebung — sollten sich nur den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen anschließen.

Es muß um die Hirsch-Dundersche Bewegung wirklich schlecht bestellt sein, wenn sie mit konfessioneller Verhegung ihre Zugkraft beleben muß. Der lachende Dritte dabei ist die Sozialdemokratie, die von dieser Tätigkeit allein Nutzen und Vorteil hat.

**Hirsch-Dundersche Manieren.** Ein Hirsch-Dunderscher Führer aus Forst (Heinrich Köhler?) bietet den Sozialisten seine Hilfe an, ohne darum gebeten zu sein. Weil in Greiz die "Hirsche" überhaupt keine Mitglieder haben, berichtet die H.-D. "Deutsche Textilarbeiterzeitung" über einige Vorgänge bei der Färbereibewegung der Firma G. Schleber-Greiz einfach unter Färberei.

Es ist geradezu lässlich, wenn Leute vom Hirsch-Dunderschen Textilvereine, das im ganzen deutschen Reich nach 42jährigem Bestehen ganze 8000 Mitglieder zählt, wovon eine große Portion nachweislich gar nicht Lohnarbeiter sind, sich derartig aufblasen und über die Haltung anderer Verbände bei Lohnbewegungen mitpredigen wollen. Das Hirschvereine begnügt sich ja natürlich mit seinem Unterstützungsweesen, kann aus Mangel an Mitgliedern Lohnbewegungen selbst nicht führen, sondern überläßt das den anderen Verbänden. So ist es zu verstehen, daß dieses Verbändchen im ganzen Jahre 1909 an ganze 54 Mitglieder ganze 2154 Mark an Streit- und Aussperrungsunterstützung veranlagte! Wenn das H.-D. Blatt schreibt, wir wendeten Intrigantenstücke an, so schließt es von sich auf andere. Bei der Spinnerbewegung in Forst, wo sich die Hirsche den Sozis an den Hals warfen, schrieben diese beiden am 25. 9. 1910 in der sozialdemokratischen "Märktischen Volksstimme":

"Auf, rüstet Euch! damit Ihr geschlossen dasteht wie ein Mann, wenn der Arbeitgeberverband seine Drohung wahr zu machen wagen sollte. Ihr könnt mit Ruhe dem Kampfe entgegentreten. Denn alle Welt muß Euch zustehen. Die Schuld trägt allein der Arbeitgeberverband!"

Als aber nach 3 Tagen der Arbeitgeberverband seine Drohung (Aussperrung) wahr machte, wurden die Arbeiter von den Sozis und Hirschen zum Nachgeben veranlaßt. Am 19. August forderte dieselbe Hirsch-Dundersche "Textilarbeiterzeitung" anlässlich einer Lohnbewegung in Sommerfeld die Textilarbeiter zum Festhalten an den gestellten Forderungen auf. Einige Tage später wurden unter Hilfe der Sozialisten von den Hirschen die Arbeiter unter den dummsten Argumenten so gut wie zum Verzicht auf ihre gestellten Anträge gezwungen.

In seinen Nr. 9 und 10 bringt der "Textilarbeiter", Organ des sozialdemokratischen Verbandes, Berichte über die Färbereibewegung bei Schleber in Greiz. Was darin an Verdrehungen über die Haltung unseres Verbandes noch fehlt, das faugt sich der Hirsch-Dundersche Schreiber aus den Fingern. Daß er die Berichte des "Textilarbeiter" als Quelle benutzte, geht daraus hervor, daß er manche Sätze einfach abschrieb oder sie nur etwas umstellte. Während aber der "Textilarbeiter" genau berichtet, daß am Streik sich 800 Personen beteiligten, faßt der "Hirsch" von "über 1000". Von unserm Verband seien "zirka 40" Mitglieder dabei gewesen, während es in Wirklichkeit rund 100 waren.

Was der "Hirsch" noch über die Verhandlungen der Lohnkommission mit der Firma schreibt, ist direkte Unwahrheit. Dann zitiert er die letzten Sätze des von uns verbreiteten Flugblattes. Er verheißt aber, daß der Inhalt unseres Flugblattes zum Teil die wörtliche Wiedergabe eines Situationsberichtes der Sozialisten enthält, den diese zwei Tage vorher schriftlich veröffentlichten und wo es heißt:

"Der Geschäftsgang ist ein günstiger. Es sind noch viele Arbeitsaufträge zu erledigen. Die Stellungnahme des Färbereibesitzer ist noch nicht bekannt."

Wir glauben kaum, daß man im vorliegenden Falle eine Massenaussperrung vornimmt, denn bei Schleber sind die geringsten Arbeitslöhne, die Farbpreise sind aber für alle Färbereibesitzer einheitlich. Schleber kann mindestens dieselben Löhne bezahlen, wie andere Färbereibesitzer.

Arbeiter und Arbeiterinnen haltet aus."

Nachdem der "deutsche" Verband die Parole ausgegeben hatte: Haltet aus! wiederholten wir: "Haltet aus! das ist die Parole! Selten kam die Situation so günstig für die Arbeiter sein als gerade jetzt." Das deckt sich vollständig mit der Äußerung des "deutschen" Verbandes.

Am Ende schreibt der "Hirsch": "Die Streikenden bezeichnen ein solches Vorgehen als eine Salomonenpolitik." Dabei steht aber ausdrücklich im sozialdemokratischen Verbandsorgan, daß nicht die Streikenden, sondern der sozialdemokratische Gauleiter Bretschneider diese Äußerung tat. Bretschneider hatte auch alle Ursache dazu, denn durch unser Flugblatt wurde zugleich die Unehrlichkeit der sozialdemokratischen Verbandsführer etwas offenkundig.

Dem Hirsch-Dunderschen Schreibstiftigen aber sei gesagt, daß, wer nichts weiß, die Feder nicht ergreifen soll. Wer aber schreibt mit dem Voratz, andere verdächtigen und verleumden zu wollen, mit dem werden wir unerserserleits dementsprechend verfahren.

**Vom Werte der christlichen Gewerkschaften.** Die christlichen Gewerkschaften haben außerordentlich viele Hindernisse in behördlichen und bürgerlichen Kreisen gegen die Gewerkschaftsbestrebungen ausgeräumt. Dadurch, daß sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften von vornherein so enge miteinander verwachsen waren, war es den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung ein leichtes, die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie und die gerechtfertigten Bestrebungen der Gewerkschaften in einen

Topf zu werfen. Dadurch wurden den Gewerkschaften Wege von Hindernissen aufgetürmt.

In der Agitation geberdet sich ja die Sozialdemokratie, als ob sie die ganze Welt händigen könnte. Das ist Schaumichlägerei! Gelegentlich des bayerischen und badiſchen Budgetkretes auf den sozialdemokratischen Parteitagen in Nürnberg und Magdeburg haben die Revisoren die vollständige Ohnmacht der Sozialdemokratie offen dargelegt. 1889 hat man auf dem internationalen Sozialkongress in Paris den Vers geprägt: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Damals hatten die Gewerkschaften in Deutschland noch nichts zu melden. Seitdem diese erstickt sind, ist ihnen in vielen Fragen ihre Schwäche erst zum Bewußtsein gebracht worden. Ich vergesse nie das radikale Auftreten des Vorsitzenden vom Buchbinderverband, Kloth, auf dem Kölner sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress in Sachen der Maisfeier und des Generalstreiks. 1906 kam dann für den Buchbinderverband eine verhängnisvolle Maisfeier. Die Unternehmer betrachteten die Arbeitsruhe am 1. Mai als Tarifbruch und sperrten aus. Der Buchbinderverband war nach mehrmonatiger Aussperrung vollständig kampfunfähig gemacht und bekam dann einen neuen für ihn sehr ungünstigen Tarifvertrag aufgedrückt. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1908 gestand Kloth dann resigniert ein, daß er seine Anschauung über die Maisfeier geändert habe. Auf der Geheimkonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände (Februar 1906) sagte Hue: „Nur wenige haben den Mut zu sagen was ist. Es muß gesagt werden in unserm Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind.“ In kritischen Situationen und wenn man unter sich ist, ist man sich seiner Schwäche in sozialdemokratischen Führerkreisen sehr wohl bewußt.

Wie war's beim Ruhrbergarbeiterstreik 1905? Im Dezember 1904 und Januar 1905 führten Dortmund „Arbeiterzeitung“ und „Bergarbeiterzeitung“ eine blutrünstige revolutionäre Sprache. Als dann der Streik zur unrechten Zeit ausbrach und einen unabsichtlichen Umfang annahm, war Holland in Not! Jetzt befürchtete man, daß wieder ähnlich wie 1889 die Kapotte eine Rolle spielen, die Vertrauensleute nicht wieder eingestellt und so der sozialdemokratische Bergarbeiterverband zertümmert würde. Da kam man auf die Idee, den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an die Spitze der Bewegung zu schieben. Und nach dem Streik plauderte Leimpeters (Sozialistische Monatshefte 1905 Seite 929) offen aus, warum man das getan:

„Was hätte sich wohl beim Bergarbeiterstreik ereignet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihn allein geführt hätten, dann wäre der Säbel wohl nicht in der Scheide geblieben.“

Auch der letzte Bauarbeiterkampf hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn nicht der christliche Bauarbeiterverband an ihm stark beteiligt gewesen wäre. Es ist nicht Zufall, daß die antisozialen Scharfmacher im Baugewerbe den christlichen Bauarbeiterverband mehr hoffen als die sozialdemokratischen Organisationen. Der „Vorwärts“ und die übrigen sozialdemokratischen Zeitungen konnten während des Bauarbeiterkampfes schreiben wozu sie Lust hatten; daran hörten sich die Unternehmer nicht. So oft aber angelehene bürgerliche Blätter, so die „Kölnische Volkszeitung“, eine wichtigere Notiz brachten, wurde man im Unternehmerlager nervös. Man bilde sich doch nicht ein, daß von staatlichen Behörden u. auf die Unternehmer der nicht sehr sanfte Druck ausgeübt worden wäre, wenn an dem Kampfe nur sozialdemokratische Organisationen beteiligt gewesen wären. Das Schicksal der sogenannten Zuchthausvorlage von 1899 wäre sehr zweifelhaft geblieben, wenn nicht die christliche Arbeiterchaft auf der ganzen Linie entschieden Stellung dagegen genommen hätte; das Berufsvereinsgesetz von 1905/06 wäre längst in Wirksamkeit, wenn nicht die christlichen Gewerkschaften damals nachdrücklich gegen seine für die gewerkschaftliche Praxis äußerst gefährliche Fassung Stellung genommen hätten; das Arbeitskammergesetz — ohne Arbeiterretarparagraf — wäre längst verabschiedet und würde schließlich häufig gegen die Gewerkschaften ausgenützt werden, sofern nicht christliche Gewerkschaften vorhanden gewesen wären und sich entschieden dagegen gemeldet hätten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften können auf Kongressen und Versammlungen den größten Krach machen. Das macht auf Regierung und gesetzgebende Körperschaften keinerlei Eindruck. Das weiß man auch in sozialdemokratischen Führerkreisen; deshalb sucht man in den letzten Jahren entgegen früheren Gepflogenheiten stets die christlichen Gewerkschaften zur Teilnahme an wichtigen Kongressen zu bestimmen.

In Westdeutschland hat sich die Tarifbewegung geradezu mit Riesenschritten durchgesetzt. Wie sah es noch vor 6-8 Jahren in Köln, Düsseldorf, Aachen, Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen u. im Holz- und Baugewerbe aus? Hier wurde eine gewaltig umwälzende Arbeit geleistet. Und unter sehr starker Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften. Deshalb wurde dann auch in Westdeutschland das Wort geprägt: die christlichen Gewerkschaften seien schlimmer wie die sozialdemokratischen. (Aus einem Vortrage des Kollegen Stegerwald.)

Wie reimt sich das zusammen? Bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern wurde im Reichstag von verschiedener Seite auch der Terrorismus, den die „Gewissen“ gegen Andersdenkende ausüben, zur Sprache gebracht. Der Abgeordnete Hoch von der sozialdemokratischen Partei mußte zugeben, daß bedauerliche Fälle vorkommen.“ Jedoch seien dafür nicht die verantwortlichen Stellen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verantwortlich zu machen, da sie alles täten, um solche Fälle zu verhindern. Nach einem Bericht

in der sozialdemokratischen Presse sagte er unter lebhafter Zustimmung seiner Parteigenossen wörtlich: „Was sollen solche vereinzelte Fälle sagen? Alle verantwortlichen Stellen in der Arbeiterbewegung sind auf alle Weise befreit, solche bedauerliche Entgleisungen zu unterdrücken und die Arbeiter zur Selbstherrlichkeit zu erziehen.“

Dieser Behauptung stehen folgende Tatsachen entgegen:

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, stellte in seiner Nummer 192 vom Jahre 1907 den Terrorismus als ein erlaubtes und kulturförderndes Mittel hin.

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bäckerverbandes, Allmann, schrieb im Januar 1905 in der sozialdemokratischen Bäckerzeitung: „Der Terrorismus der Gewerkschaften ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Drache des Strafgesehbuchs daneben lauert.“

Die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme“ schrieb anlässlich des dortigen Hafenarbeiterstreikes im Jahre 1908 unter anderem: „Sie (die Christlichen) verdienen nicht, unter die christlichen Arbeiter gezählt zu werden, sondern es muß endlich einmal begonnen werden, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen.“ Und an anderer Stelle: „Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden.“

Eine sozialdemokratische Metallarbeiterversammlung, die am 7. März 1910 bei Bosch in Stuttgart tagte, nahm eine Resolution an, in der unter anderem gesagt wird:

„Von den organisierten Kollegen erwartet die Versammlung, daß sie die Kollegen, die in das Geschäft eintreten, nur dann Beihilfe angeheihen lassen und Vertehr mit ihnen pflegen, wenn dieselben ihren Beitritt oder ihre Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband nachzuweisen in der Lage sind. Kollegen, die nicht im obigen Sinne organisiert sind, werden entsprechend behandelt.“

Die Redaktion der „Lokale Mitteilungen an die Mitglieder des Deutschen (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Cannstadt“, bemerkte in ihrer Nummer vom 4. April 1910 zu dieser Resolution: „Die Durchführung obiger Resolution könnte auch für andere Betriebe nichts schaden.“

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ schrieb in ihrer Nr. 5/1911: „Man kann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegenüberer Organisationen von der Beschäftigung in tariftreuen Betrieben auszuschließen. Das muß von Fall zu Fall entschieden werden.“

Der Gauleiter des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes schrieb an einen Unteragitator wörtlich wie folgt:

Serrn  
Johann Buchner, Cigarren-Verk. Reilingen.

Werter Kollege! Die Versammlung in Philippsburg findet am Sonntag, den 19. März statt, ich habe dies nach dort mitgeteilt.

Die Christlichen werden es noch mehr versuchen, diese Schlappschwänze. Wenn am Sonntag die Christen Versammlung haben, dann geht nur hin und räumt einmal gründlich auf. Ihr habt ja genügend Leute oder holt Euch in Hohenheim noch welche. Ich spreche am Sonntag in Hohenbach und Kirchheim. Vor allem sei in der Versammlung, daß auch unsere Leute vertreten sind und Euch bei Eintritt in die Versammlung die Redezeit freigestellt wird. Wenn Ihr am Sonntag die Atacke gut besteht, dann werden die Christen zusammenschmelzen.“

Diese Auslassungen von „verantwortlichen Stellen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“ beweisen doch Gegenteil von dem, was der Abgeordnete Hoch im Reichstage ausführte. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß diese Stellen nicht nur nicht „auf alle Weise befreit“ sind, solche bedauerliche Entgleisungen zu unterdrücken, sondern daß im Gegenteil gerade sie zum Terrorismus mehr oder minder offen auffordern. Wie aber reimen sich die Behauptung des Abgeordneten Hoch und die ihr direkt entgegenstehenden Tatsachen zusammen?

Sieht, wie sie sich lieben! In Berlin hat sich vor einigen Jahren vom „deutschen“ Metallarbeiterverband ein großer Teil der Mitglieder abgetrennt und einen eigenen Verband gegründet, der unter Führung von Wiesenthal in Berlin seine Tätigkeit entfaltet. Der Verband und seine ganze Zeitung ist so gut und so echt sozialdemokratisch, als auch der „deutsche“ Metallarbeiterverband. Es ist nun interessant, zu verfolgen, wie die beiden Verbände ihre Gesinnungsverwandtschaft und ihre sozialdemokratische Brüderlichkeit praktisch zum Ausdruck bringen.

Kürzlich hatte der Wiesenthalsche Verband eine Versammlung. Da sie für den „deutschen“ Metallarbeiterverband „unübersichtbare Folgen hätte haben können“, so jagte man sich in den leitenden Kreisen der starken, „unerschrockenen“ Organisation, „muß die Versammlung unter allen Umständen niedergeknüpelt werden“. Das machte man nach dem Bericht des Organs des Wiesenthalschen Verbandes so: „Der Janhagel, eine brillante, heulende, pfeifende Horde“ wurde in die Versammlung hineindringend. Am Vormittage der Versammlung wurden die Arbeitslosen förmlich auf die Sprengung der Versammlung abgerichtet. Als in der Versammlung Wiesenthal zu sprechen anhub, ging der brüderliche Spektakel los. Wir zitieren das Wiesenthalsche Blatt jetzt wörtlich:

„Dies war der Moment, wo das mit allen möglichen Mitteln zusammengetrommelte Stimmvieh zu blöcken, johlen und schimpfen anfing.“

Dieses Toben dauerte 1 1/2 Stunden. In der Zwischenzeit produzierten sich die „Führer“ dieses Janhagels in ihrer ganzen Hilflosigkeit. Zuerst versuchten sie mit einem

gewissen Selbstbewußtsein ein zweites Bureau vor der Bühne aufzuschlagen. Dies war zwecklos, weil der Kollege Wiesenthal jedesmal zu reden anfing, wenn von dem zweiten Bureau aus versucht wurde, zu sprechen. Sofort setzte prompt die Blöckerei der kommandierten Stimmvieherde ein. Da alles nichts half, nahm man dem Berichterstatter der Berl. Volkszeitung den Tisch weg, verprügelte diesen Herrn, visitierte ihm die Taschen und beschimpfte ihn. Der Herr verließ den Saal und wird Strafantrag beim Staatsanwalt stellen...“

Dann riß man dem Kollegen Ziese den Tisch weg und warf ihn samt dem Tisch in die Kulissen. Dies war in der Zeit eines Augenblicks geschehen. Sofort war aber der Kollege Ziese wieder auf seinem Posten. Das war aber das Signal, daß sich unsere Funktionäre den Weg zur Bühne bahnten. Einige dunkle Ehrenmänner machten sich verdächtig an der Handtasche des Kollegen Wiesenthal zu tun, welche das Material der Tarifbewegung enthielt. Um den dort losgelassenen Verbrechern, welche dem Kollegen Dannenberg seinen Schirm und dem Kollegen Zander seinen Hut gestohlen haben, nicht die Tasche in die Hände kommen zu lassen, nahm dieselbe der Kollege Richard Fiddike an sich. Dies war kaum geschehen, als eine Horde den Kollegen Dannenberg und Wiesenthal den Tisch wegreißen wollten. Nachdem dies an der Kraft und der unerschütterlichen Ruhe dieser beiden Kollegen scheiterte, riß man dem Kollegen Wiesenthal den Kneifer vom Gesicht, zerschrammte seine Nase dabei und riß ihm den Umlegekragen vom Hals. Auch wurde nach dem Kollegen W. geschlagen, welcher nur die Meute mit den Händen abwehrte. Die Schläge erreichten unsern Kollegen W. nicht, da sie stets sofort von unseren Funktionären kräftig pariert wurden. Der Kneifer wurde zertreten. Wohl dauerte auch dieser Schmutzstück organisierter Metallarbeiter nur wenige Sekunden, doch war sofort klar, daß jetzt unsere Verbandsfunktionäre auf der Bühne in der Mehrheit waren, denn die größten Schreier und Schläger der Gegenseite riefen bittend „aber nicht mehr schlagen“.

Dieser „lustigen Bruderszene“ braucht kein Kommentar angehängt zu werden. Es ist bei der Erziehungsmethode der Parteipresse und mancher „freien“ Gewerkschaftsagitatoren gar nicht anders denkbar, als daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu solchen Rohheiten gelangen muß.

Lohnbewegung in der Berliner Handelsgärtnerei. Die im Deutschen (nationalen) Gärtnerverbande und im Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein organisierten Gehilfen der Berliner Handelsgärtnereien stehen in einer Lohnbewegung. Angestrebt wird eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit, die zur Zeit noch elf Stunden täglich und mehr beträgt. In einer am 14. März in Berlin abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Gärtnergehilfen referierten die Vertreter der genannten Organisationen über das Thema: „Was soll uns Gärtnern das Frühjahr bringen?“ Der Vorsitzende des Deutschen (nationalen) Gärtnerverbandes, Bannier, behandelte besonders die Lohnverhältnisse der Gärtnerei. Danach beträgt der Lohn in den Berliner Handelsgärtnereien 22 Mark pro Woche und darunter. Das ist ein Lohn, der selbst bei den bescheidensten Ansprüchen für Berliner Lebensverhältnisse nicht ausreichend ist. Der Referent wies auf den beschämenden Zustand hin, daß die Löhne der bestbezahlten Kräfte des Gärtnerberufes kaum an die ungelernter Hilfsarbeiter anderer Berufe heranreichen. Die Arbeitgeber stellten sich 1909 gegenüber der Forderung von 22 M. pro Woche auf den Standpunkt: „Wir verhandeln nicht.“ Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit sprach der Referent des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins Kaasnit. Seit 1898 kämpften die Gärtnerei um die allgemeine Anerkennung der elfstündigen Arbeitszeit. Während dieser Zeit haben andere Berufe die 10, 9, 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Im Gärtnerberuf ist in wenigen Städten und Firmen die 10stündige Arbeitszeit vorhanden; daher sei es Zeit, daß endlich die Gärtnerei aus gesundheitlichen und anderen Gründen allgemein die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen. Der anwesende Obmann der Berliner Gruppe des Verbandes der Handelsgärtnerei Deutschlands sprach sich anerkennend aus über die Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Wünsche der Gärtnerei zum Ausdruck gebracht wurden und versprach, auf eine Verständigung mit den Arbeitgebern hinzuwirken. Mit nachstehender, einstimmig angenommenen Resolution fand die imposante Versammlung ihren Abschluß:

„Die am 14. März, 1911 in Dräfels Festfalen zahlreich versammelten Handelsgärtnergehilfen von Groß-Berlin erklären, daß eine zeitgemäße Neuregelung der jetzigen Verhältnisse eine bringende Notwendigkeit ist. Besonders hält sie eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit für unbedingt erforderlich. Im Interesse beider Teile liegt es, wenn es möglich wäre, über diese Forderungen eine gütliche Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen. Aus diesem Grunde unterbreitet die Versammlung der Organisation der Arbeitgeber den Vorschlag, in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern beider Gruppen, diese Fragen zu besprechen.“

### Aus unserer Industrie.

#### Dividendenergebnisse der Textil-Aktiengesellschaften.

In der Uebersicht in der vorigen Nummer trat als charakteristisches Merkmal der Verhältnisse des vergangenen Jahres der Unterschied in den Geschäftsergebnissen der Kammgarnspinnereien einerseits und der Baumwollspinnereien andererseits in die Erscheinung. Während jene im Allgemeinen gut abschneiden, sanken bei diesen die Dividenden zum Teil recht erheblich. Das trifft nun im allgemeinen nicht auf die Webereien zu. Im Gegenteil, durchweg fanden sich die Baumwollwebereien etwas besser als die, die Wollgarne verarbeiten. Ein nicht

In diesem Jahr haben auch die Futefabriken hinter sich. Durch die Erneuerung des Futeverbandes und die Erhöhung seiner Preise werden die Aussichten für diesen Zweig unserer Industrie für das laufende Jahr als besonders günstig bezeichnet.

Dann noch eins zur Erklärung. Bei den mit „Verlust“ bezeichneten Firmen ist nicht ohne weiteres anzunehmen, daß mit einem faktischen Verlust gearbeitet worden sei. Der „Verlust“ kommt vielmehr so zustande, daß nach den üblichen Abschreibungen, die manchmal eine beträchtliche Höhe haben, kein reiner Gewinn mehr übrig bleibt. Im übrigen ziehe man zwischen den einzelnen Branchen Vergleiche:

Webereien und Spinnereien.

Table with 4 columns: Name und Ort der Firma, + erzielter Reingewinn - Verlust 1910, vorgeschl. bzw. genehmigt Divid. %, im Vorjahr %.

1) 2% auf Prioritäts-Aktien A und 1 1/2% auf Prioritäts-Aktien B. 2) Das Establishment ist im vorigen Jahre abgebrochen.

Webereien.

Table with 4 columns: Name und Ort der Firma, + erzielter Reingewinn - Verlust 1910, vorgeschl. bzw. genehmigt Divid. %, im Vorjahr %.

Verwandte Berufe.

Table with 4 columns: Name und Ort der Firma, + erzielter Reingewinn - Verlust 1910, vorgeschl. bzw. genehmigt Divid. %, im Vorjahr %.

Für unsere Bestrebungen sind diese Uebersichten ja von großem Werte, indem sie uns einen Einblick in das Geschäft tun lassen und dadurch wertvollen Nutzen bieten bei unserem Verlangen nach Verbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter. Den Unternehmern ist ein guter Verdienst zu gönnen; auch im Interesse der Arbeiter die Möglichkeit, seine Lage zu verbessern, und schließlich ist der Verdienst die erste Triebkraft aller geschäftlichen Tätigkeit. Wenn unser Gewerbe keine guten Prospekte mehr abwirft, wird schließlich kein Geldmann mehr seine Konkurrenten in Textilunternehmungen hassen; und das wäre gewiß auch nicht zum Segen der Arbeiter. Aber bis heute haben sich, von einigen schlechten Jahren abgesehen, die Textilindustriellen gar nicht zu beklagen brauchen. Im Gegenteil, sie schnitten durchweg gut ab. Dagegen lassen die Löhne der Textilarbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig. Das soll uns bestärken in dem Bestreben, eine gerechtere Verteilung des Gewinnes, den Arbeiter und Unternehmer gemeinsam herauszuholen, zu erlangen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigleiten.

Bamberg.

Eine berechnigte Unzufriedenheit und Gärung ist wieder unter der Arbeiterschaft der mechanischen Baumwollspinnerei und -Weberei Bamberg, besonders aber unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Abteilung Weberei vorhanden. Grund zu dieser Unzufriedenheit ist die nun schon wiederholt ausgesprochene Forderung unange-

haften Materials und dann der Umstand, daß die Weberinnen den dritten Stuhl nicht mehr bebienen dürfen. Die letztere Maßnahme soll angeblich vorgenommen worden sein, um in etwa die Produktion einzuschränken. Durch diese angeführten Umstände erleidet die Arbeiterschaft eine recht fühlbare Einbuße am Lohn. Eine überaus stark besuchte Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der mechanischen Baumwollspinnerei und -Weberei Bamberg, die am 21. März in Gaußstadt stattfand, beauftragte den Arbeiterausschuß, nochmals bei Herrn Geheimen Kommerzienrat Semlinger vorzusprechen. Wir hoffen, daß durch die Betriebsleitung der mechanischen Baumwollspinnerei und -Weberei Bamberg den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft recht bald Rechnung getragen wird, fordern aber alle Mitglieder auch an dieser Stelle nochmals nachdrücklichst auf, für die Stärkung ihrer Organisation, des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, unermüdet tätig zu sein, damit, wenn nötig, den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft auch entsprechender Nachdruck verliehen werden kann.

Coesfeld.

Ausperrung in Coesfeld! Wegen des Ausstandes der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Colt u. Comp. (Inhaber Schnieder) in Coesfeld haben die Unternehmer bei sämtlichen Textilfirmen ihren Arbeitern gekündigt. Die Betriebe, mit Ausnahme der Firma Bach, werden wohl zur vollständigen Stilllegung kommen.

Bezüglich der Forderungen, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Colt u. Comp. gestellt, war während des Ausstandes in einigen Punkten eine Einigung erzielt, besonders hinsichtlich des früher von der Firma durch Anschlag im Betriebe Versprochenen, aber leider nicht gehaltenen. Die geforderte Lohnregulierung für Rieth- und Klappstühle bezeichnete jedoch der Inhaber der Firma als ungerecht; wohl könne er zahlen, wolle aber nicht. Inbetracht kommen 117 Riethstühle, worauf einige Waren erheblich niedriger entlohnt werden, so daß für die Mehrleistung an Arbeitskraft garnichts gezahlt wird. Der Inhaber der Firma Colt hat bei einer andern Firma, wo er bezw. sein Vater als Teilhaber mit inbetracht kommt, die geforderten Zugeständnisse auf den Riethstühlen in größerem Maße bereits zugestanden, als seine Arbeiter in Coesfeld diese fordern.

Wenn der Arbeitgeberverband Coesfelds der gerechten und minimalen Forderung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Colt und Comp. wegen die Ausperrung erfolgen läßt, so hat er die Verantwortung für die Folgen derselben auch allein zu tragen.

Forst (Saus.)

Zur Einführung des zehnjährigen Arbeitstages. Am 28. März veranstaltete unsere Ortsgruppe eine allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, um Stellung zu nehmen zu der von den Arbeitgebern beschlossenen Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit. Selbstverständlich darf durch die Arbeitszeitverkürzung eine Lohnschmälerung der Arbeiter nicht eintreten. Kollege Boigt behandelte in seinem Referat die Wünsche und Anträge der Textilarbeiter zur Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit. Die Versammlung beschloß einstimmig, eine entsprechende Eingabe dem Arbeitgeberverband zu überreichen. Wir werden den Wortlaut der Eingabe in der nächsten Nummer bringen.

Fulda.

Eine kleine Aufbesserung des Lohnes erhielten in der Füllfabrik „Krähmühle“ eine Anzahl Arbeiter. Ungefähr 2000 M. macht zusammengerechnet alljährlich der Mehrverdienst aus, der der Arbeiterschaft der „Krähmühle“ zufließt.

Es verdient dann auch noch erwähnt zu werden, daß die Direktion bei Gelegenheit einer Verhandlung mit dem Verbandsvertreter diesem die Zusicherung gab, daß während der Vornahme von erforderlichen Renovierungsarbeiten im Betriebe die Arbeiter möglichst anderweitig beschäftigt werden und diejenigen Arbeiter, die ausscheiden müssen, dafür eine angemessene Entschädigung erhalten. Der größte Teil der Arbeiterschaft genannten Betriebes ist unserm Verbandsangehörigen.

In der Füllfabrik Fulda, einem Konkurrenzunternehmen des zuerst genannten Betriebes, nahm die Direktion auf Betreiben der Leitung unseres Verbandes eine grundlos erfolgte Kündigung eines agitatorisch tätigen Verbandsmitgliedes zurück. Dann wurden zudem auch in diesem Betriebe wieder einer Anzahl Arbeiter die Löhne aufgebessert, und zwar um 10-20 Pfg. pro Tag. Nach einer von der Direktion abgegebenen Erklärung hat die Firma jetzt nichts mehr gegen die Organisationszugehörigkeit ihrer Arbeiter und gegen die agitatorische Tätigkeit derselben zu erinnern.

Ob nun auch die noch nicht gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erkennen und endlich den Weg finden zum Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands?

Greiz.

Erfolge christlich-nationaler Gewerkschaftsarbeit. Im November vorigen Jahres setzte der „deutsche“ Textilarbeiterverband in den Webereien des hiesigen Bezirkes mit einer Tarifbewegung ein. Die Mitarbeiter der christlich-nationalen Textilarbeiter ist damals vom „deutschen“ Textilarbeiterverband umgangen worden. Dieses einseitige Vorgehen hatte die Ablehnung der gewünschten Lohnerhöhungen zur Folge.

Der christliche Textilarbeiterverband sah sich veranlaßt, um die Lage der Weber und Weberinnen zeitgemäß zu gestalten, vor kurzem den Ortsgruppen Greiz und Gera des Webereiverbandes einige Wünsche zu unterbreiten. Darauf ging bei der Geschäftsstelle Greiz des christlichen Textilarbeiterverbandes folgendes Antwortschreiben ein:

„In Ihrer werthen Zuschrift vom 20. Januar d. J. haben Sie dem Vorstand der Ortsgruppe Greiz des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien, z. B. des ergebenst unterzeichneten, eine Reihe Wünsche betr. Abänderungen der im Verbande gültigen Lohnntarife zum Ausdruck gebracht und deren Beantwortung bis zum 15. Februar cr. erbeten.“

Wir haben davon absehen müssen, innerhalb dieser kurzen Frist eine Beantwortung vorzunehmen.

Sine am 20. März d. J. in sämtlichen Betrieben des Verbandes zum Aushang gelangende Bekanntmachung an die Arbeiterschaft enthebt uns von einem weiteren Eingehen auf den Inhalt Ihres Schreibens vom 20. Januar.

Hochachtungsvoll

Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien. C. V. Ortsgruppe Greiz.”

Die zum Aushang gelangte Bekanntmachung hatte folgenden Wortlaut:

„Bekanntmachung.“

Obwohl die geschäftlichen Verhältnisse zurzeit nicht dazu angetan sind, Aenderungen in den bestehenden Lohnntarifen einzutreten zu lassen, haben wir doch unsere Gesamtlohnkommission wiederum beauftragt, die einzelnen Positionen des bisherigen Mindestlohnntarifes durchzuprüfen. Soweit sich dabei Lohnsätze als verbesserungsfähig herausstellen, werden wir noch im Laufe d. J. entsprechende Aenderungen herbeiführen.

Greiz, den 20. März 1911.

Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien. C. V. Ortsgruppe Greiz.”

Es ist zu erwarten, daß die Gesamtlohnkommission des Webereiverbandes ihr Auge nicht vor der verbesserungsbedürftigen Lage der Arbeiter verschließen wird.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Machen.** Die Vorstandswahlen, die in der Versammlung am 21. März vorgenommen wurden, hatten folgendes Ergebnis: Als Vorsitzender für den aus Gesundheitsrückblicken zurückgetretenen Neuz wurde Kollege Wihl. Jahrbender gewählt; als Vorstandsmittglieder wurden gewählt bzw. wiedergewählt: M. Cryn, W. Oeffermann, G. Viernann, R. Bartholom und R. Supper. Aus der Wahl der Delegierten zum Kartell gingen hervor die Kollegen J. Sauren, Klar, Förster und Oeffermann. Der Vortrag des Kollegen Königshoven über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung fand den ungeteilten Beifall der ganzen Versammlung. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Vortrages.

Aus dem Aggertale sind uns in letzter Zeit mehrfach Berichte zugegangen, in welchen über die geringen Verdienste und die unwürdige Behandlung der Arbeiter sowie über die allgemeinen Mißstände in verschiedenen Textilbetrieben sehr geklagt wird. Und wir müssen gestehen, wenn diese Schilderungen zutreffend sind, so haben die Arbeiter nicht nur alle Ursache Klageklieber anzuschließen, sie haben auch Anlaß genug, durch eine energische Selbsthilfsbetätigung die Abstellung dieser Mißstände zu erstreben.

Wir wollen heute nur in einem dieser „Musterbetriebe“ etwas hineinleuchten. Dort sollen die Durchschnittsverdienste der Weber in letzter Zeit M. 30 und die der Weberinnen M. 31 in 14 Tagen betragen. Der Lohnntarif steht für die Weberinnen um 1 Pfg. pro 1000 Schuß niedriger als für die Weber, wodurch selbst bei gleicher Leistung bedeutend weniger verdient wird. Ob die Firma nun auch die von den Arbeiterinnen hergestellte Ware um soviel billiger an die Kundschaft absetzt? — Von den angeführten minimalen Verdiensten kommen dann noch die Versicherungsbeiträge sowie die Straf gelder in Abzug. Letztere sind gar oft ziemlich hoch; soll doch z. B. den Webern für jeden Schußbruch 10 Pfg. in Abzug gebracht werden. Dabei wird nach den Angaben der Arbeiter sehr oft ein derart schlechtes Material verarbeitet, daß selbst der lüchtiqste und aufmerksamste Arbeiter nicht in der Lage ist, fehlerfreie Ware daraus herzustellen. Dieses minderwertige Material verschuldet vielfach auch die unzulänglichen Verdienste, verursacht den Webern trotz größter Aufmerksamkeit stets Faden- und Schußbrüche und dadurch großen Mergel und als Beigabe dann noch die Strafen. Vergütungen für Warten auf Material und bei Stuhlbruch kennt man nicht, trotzdem die Arbeiter oft tagelang warten müssen. Die Arbeiterinnen werden dann fast regelmäßig nach Hause geschickt, oft auch die männlichen Arbeiter. Werden dieselben jedoch in Tageslohn beschäftigt, so zählt man ihnen die horrenden Stundenlohnsätze von 22 1/2 und 27 1/2 Pfg. Es dürfte wohl kaum noch eine Firma zu finden sein, die ihre ungelerten Tageslohnarbeiter mit derart niedrigen Löhnen abspießt und hier wird den gelehrten Webern derartige Geboten!

In den anderen Abteilungen steht es nicht besser mit den Verdiensten. An die Leistungsfähigkeit der Arbeiter werden immer höhere Anforderungen gestellt, die Lohnsätze aber immer weiter herabgedrückt. So wurden z. B. früher in der Walferei sechs Arbeiter an vier Maschinen beschäftigt und heute ist das Verhältnis gerade umgekehrt, auf sechs Maschinen kommen vier Arbeiter. Doch anstatt den Arbeitern für die höhere Leistung einen entsprechend höheren Lohn zu zahlen, hat man ihnen einen neuen Abfordlohnntarif aufgestellt, der eine erhebliche Lohnverschlechterung bringt. Doch dieser Tarif wurde den Arbeitern nicht ausgehändigt, auch nicht etwa ausgehängt, sondern nur einmal vorgezeigt, jedoch die Arbeiter, da ihnen auch nicht die verarbeitete Stundzahl angegeben wird, gar nicht in der Lage sind, den verdienten Lohn berechnen zu können. Sie müssen einfach mit dem vorklieb nehmen, was sie am Lohnntage in der Kute finden. In der Schrubblerei wissen die Arbeiter ebenfalls nicht, welchen Lohn sie für bestimmte Quantitäten zu beanspruchen haben, dort wird nach blindem Afford gearbeitet, ein Vorgang, der einfach unerhört ist und der Billfür und der schrankenlosen Ausbeutung Lür und Lor öffnet. Solange die Arbeiter sich derartige Ungerechtigkeiten ruhig gefallen lassen, braucht man sich über solche Zustände nicht zu wundern, denn auch hier bewahrt sie sich der alte Erfahrungssatz, daß jeder die Behandlung hat, die er verdient. Wie willkürlich überhaupt die Lohnbemessung ist, erhält auch daraus, daß in der Kopperei für die gleiche Arbeit gezahlt wurden: einer Arbeiterin 30 Pfg., einigen anderen 25 Pfg. und den übrigen 22 Pfg. pro Stunde.

Bei einem Durchschnittsverdienst von 3 M. pro Tag kann ja nun bei den bestehenden Feuerungsverhältnissen ein lediger Arbeiter keine Schätze sammeln, für einen Familienvater ist es aber direkt unmöglich, eine Familie, ohne Schulden zu machen, durchbringen zu können. Sucht ein Familienvater nun seine Kinder in anderen Betrieben in lohnendere Beschäftigung zu bringen, so scheut sich die Firmenleitung nicht, gleich auch die anderen Familienangehörigen auf die Straße zu setzen. Das heißt man hier Freizügigkeit!

Daß in solchen „Musterbetrieben“ Speije- und Ankleideräume nicht zu finden sind, ist selbstverständlich; wozu auch derartigen Luxus? Die Schrubbler sind sogar genötigt, ihr Frühstück und Vesperbrot während der Arbeit einzunehmen, denn für diese Arbeiter gibt es nur eine einstündige Mittagspause. Wer die überaus schmutzige und ungefundene Arbeit kennt, weiß auch, wie gesundheitschädlich es ist, in solcher Atmosphäre und mit den durch die Berührung der schmutzigen Wumpen verunreinigten Händen Speisen zu sich zu nehmen. Ueberhaupt läßt die Sauberkeit sehr zu wünschen übrig, besonders auf den Aborten.

Doch für heute genug damit. Diese Zeilen werden ja kaum dazu beitragen, die Mißstände zu beseitigen, dazu bedarf es erst eines tatkräftigen Vorgehens der Arbeiterschaft, die nur durch einmütiges Zusammenstehen und ihren Anschluß an die Organisation befähigt sein wird, ihre Menschenrechte zu wahren und den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Doch mögen unsere Kollegen aus dieser Schilderung einmal ersehen, wie es dort aussieht, wo die Arbeiterschaft glaubt die Beiträge für den Verband „sparen“ zu können und alles Heil vom Zukunftsstaat erwartet.

**Bocholt.** Zu den Einrichtungen, die unsere Ortsgruppe zur Hebung des Arbeiterstandes geschaffen hat, gehört auch die hiesige Kohleneinkaufskasse. In diesem Jahre kann sie auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Ein Rückblick auf ihre Entwicklung kann einen nur mit Befriedigung erfüllen. Wenn sie auch im Anfang nicht so gearbeitet hat, wie es wohl zu wünschen gewesen wäre, so steht sie jetzt gefestigt da als ein Mittel, die Mittelglieder fester an den Verband zu fetten. Aber nicht nur für die Mitglieder hat die Kohlenkasse ihr Gutes, sondern auch für die hiesige Bürgerschaft, indem die Kasse eine Rückwirkung auf die Kohlenpreise im allgemeinen hat. Die Beteiligung der Mitglieder am Kohlenbezug läßt leider noch zu wünschen übrig. Trotzdem die Mitgliederbeiträge zurückbezahlt sind und jedes Mitglied ohne weiteres Kohlen beziehen kann, hat der Absatz nicht zugenommen. Der Jahresumsatz beträgt rund 21000 Zentner. Das Vermögen der Kasse ist in diesem Jahre von rund 1800 M. auf 1800 M. angewachsen. Darum hat die geschäftsführende Kommission beschlossen, den Preis der Kohlen von 95 Pfg. auf 90 Pfg. pro Zentner zu erniedrigen. Dieser Umstand hat der Kohleneinkaufskasse die Feindschaft der hiesigen Kohlenhändler zugezogen. Einige von diesen haben nun beschlossen, die Kohlen für 85 Pfg. zu verkaufen. Der Zweck dieses Vorgehens ist offensichtlich. Es liegt nun im Interesse der Mitglieder, die Kohlenkasse durch regen Kohlenbezug zu unterstützen, da nur ein großer Umsatz die Kasse vor Schaden bewahren kann. Eine größere Preisermäßigung kann nur geschehen auf Kosten der Qualität, und die Kommission glaubte, mit einer schlechteren Kohle den Mitgliedern nicht dienen zu dürfen. Deshalb richtet sie von dieser Stelle aus an die Mitglieder die Bitte, den Bedarf an Kohlen bei der Kohleneinkaufskasse zu decken und sie lebensfähig zu halten, damit sie später vor Schaden bewahrt bleiben.

**Bocholt.** Kein Freund der Organisation scheint der Obermeister Schädlich der Firma Herding N.-G. hier selbst zu sein. Die Institution des Arbeiterausschusses scheint zunächst mal das Mißfallen dieses Herrn erregt zu haben. Wo es versucht werden kann, die Funktionen und Rechte des Arbeiterausschusses zu beeinträchtigen, darf der Herr Obermeister nicht fehlen. Manche Angelegenheiten, die sonst der Zuständigkeit bzw. Begutachtung des Arbeiterausschusses unterlagen, werden jetzt vom Obermeister allein geregelt, ohne daß sich dieser an den Arbeiterausschuß hört. Auch sonst legt der Mann im Betriebe eine Auffassung von „Beaufsichtigung“ etc. an den Tag, die in einer Bessungsanstalt angebracht wäre. Im vorigen Jahre wurden bei genannter Firma einige Weber wegen schlechten Geschäftsganges (?) gekündigt. Zu eine i der Gefündigten hat später der Obermeister in einer Wirtschaft gesagt, der Arbeiterausschuß sei schuld an den Kündigungen, und das, trotzdem sich der Ausschuß für die Gefündigten erfolglos bei der Firma verwandt hat. Anfangs d. J. wurden wiederum eine Anzahl Arbeiter, angeblich wegen schlechten Geschäftsganges und Wornahme technischer Neuerungen, nach vorheriger Kündigung entlassen. Unsere Auffassung, daß sich das Vorgehen gegen die Organisation richte, wurde damals entschieden bestritten. Bezeichnend ist nun, daß kurz nachher die Firma wieder Arbeiter notwendig hatte und sogar Ueberstunden notwendig wurden. Der Obermeister Schädlich ist nun doch so — „unvorsichtig“ gewesen, das Rätsel zu lösen. Er erklärte einem Weber, der um Arbeit anfragte und bezugnehmend auf die gekündigten Arbeiter die Bemerkung machte, er könne vielleicht auch bald wieder gekündigt werden: „daß (die Gefündigten) waren Auwiegler und Heher.“ Wir sind dem Herrn für dieses Geständnis recht dankbar, und wissen jetzt, woran wir sind. Vorerst möge er aber den Rat entgegennehmen, im Interesse der Arbeiter und des Betriebes sich auf seine zutändige Arbeit zu beschränken, anstatt durch solche Praktiken sich die Gunst zu erhalten suchen und — „Gühnerpflege“ während der Betriebszeit zu betreiben. Die „schädlichen“ Folgen des Vorgehens des Obermeisters „Schädlich“ werden sonst nicht ausbleiben.

**Breßell.** Seit einer Reihe von Jahren hatten wir es unterlassen, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, weil diese in der Regel nicht besser besucht werden als gewöhnliche Mitgliederversammlungen. Am nun einen besonders guten Besuch zu erwirken, hatten wir im zweiten Teile der am 25. März abgehaltenen öffentlichen Versammlung einen Lichtbildervortrag vorsehen. Kollege Reuter-Düßeldorf verbreitete sich in 1/4stündiger Rede über das Thema: „Die Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Staate, der Gesellschaft und dem Unternehmertum.“ Die Ausführungen fanden den Beifall der Anwesenden. Es folgte ein Lichtbildervortrag über: Heimarbeit und Heimarbeiterrinnen in 67 Bildern, die vom Vorsitzenden erläutert wurden. Die Anwesenden waren über die Veranstaltung sehr zufrieden. Der Präses des kath. Arbeitervereins sprach sodann seinen Dank aus über die schöne Tagung, die beweise, daß die Ortsgruppenleitung bestrebt sei, die Mitglieder aufzuklären und zu schulen. Das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen sei ein gutes, doch ein wunder Punkt sei vorhanden. Unter den Mitgliedern des Verbandes am Orte sei noch eine große Anzahl, die nicht dem Arbeiterverein angehöre. **Sothenitz.**

würden diese bei der demnächst stattfindenden Gausagitation sich ihrer Pflicht bewußt werden und auch dem Arbeiterverein beitreten. Nachdem der Vorsitzende das Schluswort gesprochen im Sinne des Referenten und des Vorredners fand die Versammlung ihr Ende.

NB. Wir machen noch bekannt, daß nach dem 1. April nur noch freitags abends von 7—8 1/2 Uhr alle Unterstühtungen ausbezahlt werden und nicht mehr Sonntags.

**M. Glabbach.** Der christliche Textilarbeiterverband hielt am 2. April im hiesigen Bezirk 14 außergewöhnlich stark besuchte Versammlungen ab, in welchen eine gleichlautende Resolution angenommen wurde, dahin lautend, daß in Zukunft mit den gegnerischen Organisationen nicht mehr gemeinsam gearbeitet werden soll. Wir werden in der nächsten Nummer ausführlicher darauf zurückkommen.

**Greiz i. Vogland.** In der am 26. d. Mis. abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Kollege Melcher über das Thema: „Unsere Stellung zu den Arbeitgeberinnen und den freien Gewerkschaften.“ Der reiche Beifall bewies, daß der Redner verstanden wurde. U. a. wurde ein größerer Vortragszyklus geplant, durch welchen die Mitglieder stets anregende Versammlungen erhalten sollen. Wir verweisen unsere Mitglieder jetzt schon darauf, daß im April ein Lichtbildervortrag über „Das Bergwerk und seine Gefahren“ veranstaltet wird. Ferner wurde beschlossen, während der Sommermonate die Versammlungen wieder Sonnabends abzuhalten. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten fand die interessante Versammlung ihr Ende.

**Sallstadt.** Eine christlich-nationale Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, die von dem katholischen Arbeiterverein, dem Rad- und Motorfahrerverband „Konordia“ und unserm Verbands einberufen worden und gut besucht war, fand hier am Samstagabend im Federischen Saale statt. Einige Tage vor dieser Versammlung hatten wir in der Brauerei „Schwane“ eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der unsere Kollegin Harder aus Düßeldorf referierte über das Thema: „Brennende Zeitfragen für unsere Arbeiter und Arbeiterinnen.“ Da in dieser letzteren Versammlung eine Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sich ganz ungebührlich angeführt hatten, ließen wir zu der Versammlung am letzten Samstag die als Rubeführer und Schreier bekannten Sozialdemokraten nicht zu. Kollege Wittkind-Wamberg referierte als erster Redner über das Thema: „Die Aufgaben der konfessionellen Arbeitervereine und der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften und die gegenseitigen Beziehungen der beiden Organisationen zueinander.“ Ueber die Frage: „Können christliche Arbeiter und Arbeiterinnen den „freien“ Gewerkschaften als Mitglieder angehören?“ verbreitete sich in längeren und leichtverständlichen Ausführungen Kollege Müller aus Wamberg. Den Ausführungen der beiden Referenten schloß sich Herr Pfarrer Wächter und auch Herr Benefiziat Klüpfel voll und ganz an. Herr Pfarrer Wächter warnt: die Arbeiterschaft besonders nachdrücklich vor der ganz falschen Annahme, als könne man ein guter Christ und auch gleichzeitig ein Anhänger der gewerkschaftlichen oder politischen Sozialdemokratie sein. Die Versammlung brachte dem Arbeiterverein, dem Radfahrerverband „Konordia“ und auch unserm Verbands eine Anzahl Neuanmeldungen, darunter auch wieder Uebertritte aus sozialdemokratischen Organisationen.

**Rheine.** Die am 26. März stattgefunden öffentliche Versammlung war nicht nur von unsern christlichen Arbeitern gut besucht, sondern die „Freien“ mit ihren beiden Beamten waren auch in stattlicher Zahl vertreten. Die Forderung, gleich nach Eröffnung der Versammlung schon die bekanntesten Geschäftsordnungsdebatten zu beginnen, lehnte unser Vorsitzender entschieden ab. Er erteilte dem Bezirksvorsitzenden, Kollegen Camps aus Münster, das Wort zum Vortrag. Dieser wies zunächst auf die in den letzten 50 Jahren veränderte Struktur der Volkswirtschaft hin, die ein großes Heer von abhängigen Lohnarbeitern geschaffen habe, deren Lage auf den verschiedenen Gebieten manche Mißstände aufweise. Besonders in der Textilindustrie könne in den allermeisten Fällen von einem wirklich freien Arbeitsvertrag die Rede sei. Dazu komme noch, daß immer mehr Arbeiterinnen und verheiratete Frauen in unserer Industrie beschäftigt würden. Als wirksamstes Mittel zur Besserung dieser Verhältnisse bezeichnete Redner die Organisation; diese sei imstande, den gesamten Arbeiterstand geistig, kulturell und wirtschaftlich zu heben. Leider sei es bei den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland nicht möglich, die Arbeiter einheitlich zu organisieren. Schuld hieran seien aber jene, die die Organisation der Arbeiter nicht frei gehalten hätten von gewerkschaftsfremden Aufgaben.

Dadurch nämlich, daß man in den aktiven „freien“, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Verbänden eine sozialdemokratische Propaganda betrieben, eine religionsfeindliche Stellung eingenommen, ja sogar Gewerkschaftsgelder für die sozialdemokratische Partei gespart habe, seien den Arbeitern, die nicht von der Sozialdemokratie wissen wollten — und das ist wohl die größte Mehrzahl — der Weg zu neuen Organisationen gewiesen worden, und das sind die christlichen Organisationen. Auch in Rheine sei es notwendig, daß die christlichen Organisationen, besonders der christliche Textilarbeiterverband mehr erstarke. Die Arbeiter müßten deshalb mehr Standesbewußtsein und Opfermut zeigen, dann würde auch in Rheine manches anders werden.

In der Diskussion sprachen von sozialdemokratischer Seite hauptsächlich deren Beamte Mathies und Meyer. Ersterer behauptete rael wieder, die christlichen Organisationen seien von den Geistlichen gegründet worden. Für Parteizwecke sei noch kein Geld gegeben worden, sondern es sei nur für die russischen Arbeiter gelegentlich deren Resolution in den „freien“ Gewerkschaften gesammelt worden. Daß die Reichsfinanzreform auch herangeholt wurde, versteht sich von selbst. Meyer leugnete die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft. Aber ein „freier“ Gewerkschaftler könne nur Sozialdemokrat sein. Prophetisch verkündete er: „Wir werden auf die Dauer zusammen kommen. Die Zerspaltung wird beseitigt, ob mit oder ohne den Willen der Christlichen.“ (<sup>1</sup>) Während von unserer Seite die Kollegen Nagelschmid und Schmor auf die Uneinigkeit und gegenseitige Befämpfung im sozialistischen Lager hinwiesen, Kollege Schmor besonders auf die Gründungsjahre der deutschen Arbeiterbewegung, bewies Kollege Camps, daß man im „freien“ Textilarbeiterverband zweierlei Mitglieder habe. Beamter könne nur werden, wer politisch sozialdemokratisch organisiert sei. Wie man die Freiheit respektiere, habe man bei den verschiedensten Anlässen recht drastisch bewiesen. „Entweder rot oder kein Brot.“ Wie aber Mathies noch leugnen könne, daß Gewerkschaftsgelder für die sozialdemokratische Partei gespart sind, könne er nicht begreifen, zumal das anderwärts ebensoviele geeignet wird, wie die Tatsache, daß man für die Sozialdemokratie agitiere. Bezüglich der im letzten Wählkampf von den „freien“ Verbänden gespendeten Beiträge

für die sozialdemokratische Partei erbrachte Kollege Camps dann auch Beweise, denen nicht widerprochen werden konnte. Was dann bei den Ausführungen von Mathies und Meyer den Zukunftstraum einer Verschmelzung der christlichen und sozialdemokratischen Verbände anbetrifft, so wies Kollege Camps nur auf die heftigen Auseinandersetzungen seitens der Sozialdemokratie hin, die hinreichend den Beweis erbringen, daß eine solche Redensart nicht ernst zu nehmen ist. Zum Schlusse sprach Camps dann noch den Wunsch und die Hoffnung aus, die christlich gestimmte Arbeiterschaft möge mehr die Aufgaben unserer Zeit erkennen und sich der christlichen Organisation anschließen. Die Agitatoren der sozialdemokratischen Organisationen aber sollten ehrlicher werden und in der Agitation offen bekennen, wir wollen Ausbreitung der sozialistischen Ideen. Dann würde man bald sehen, auf welcher Seite die münsterländischen Arbeiter ständen. Mit einem kurzen Schlusssatz des Vorsitzenden Kellmann schloß die Versammlung, die unserer Sache hoffentlich gute Früchte bringen wird.

St. Tönis. Um auch hier Aufklärung über die Stellung der Arbeiterinnen im wirtschaftlichen und allgemeinen öffentlichen Leben zu bringen, hielten wir am 19. März eine Arbeiterinnenversammlung ab, die bei den Teilnehmern einen tiefen Eindruck und auch weiterhin gute agitatorische Erfolge hinterließ. Der Vorsitzende, Kollege Math. Marquardt, legte in seiner Eröffnungsansprache kurz den Zweck der Versammlung auseinander. Kollege Seutmann-Düsseldorf behandelte in seinem Referate die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterinnen, namentlich vom ideellen Standpunkte aus. Zum Schlusse forderte Referent zu eifriger Verarbeitung auf. Die Anwesenden, die den Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit zugelauscht hatten, quittierten dem Redner mit lebhaftem Beifall. An das Referat schloß sich eine lehrreiche Diskussion, an der sich auch einige Arbeiterinnen beteiligten. Manche praktische Erfahrungen und Winke wurden von den einzelnen Diskussionsrednern noch zum besten gegeben. Der Vorsitzende konnte in seinem Schlusssatz konstataieren, daß die Versammlung ihren Zweck erfüllt habe. Er bat die Anwesenden, die erhaltenen Belehrungen und Anregungen sich nun auch zumute zu machen. Er schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christliche Arbeiterinnenbewegung.

Winkrad. Das uns die Hausagitation 14 Neuaufnahmen brachte, ist für unsere kleine Zahlstelle ein schöner Erfolg. Als er von unserm Vorsitzenden in der öffentlichen Versammlung vom 25. März bekanntgegeben wurde, fand er auch allgemeine freudige Zustimmung. In dieser Versammlung referierte Kollege Stiel-Lobberich über den Wert der christlichen Gewerkschaften. Der Herr Pfarrer wies auf die Monopolbestrebungen der sozialdemokratischen Verbände hin und begründete mit Nachdruck darauf den Eintritt in die christlichen Berufsorganisationen. Nachdem noch einige Wahlen getätigt waren, fand die schöne Versammlung ihren Abschluß.

Zeil a. M. Früchte sozialdemokratischer Erziehungsarbeit machten sich in einer hier in der vorigen Woche abgehaltenen christlich-nationalen Arbeiterversammlung in recht unliebsamer Weise bemerkbar. Referenten waren Kollegin Garder aus Düsseldorf und Kollege Müller aus Bamberg. Der Saal und die daran grenzenden Nebenräume der Hanerei Göller konnten die Teilnehmer kaum fassen. Trotzdem nur christlich-nationale Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen waren, hatten sich doch auch einige Dutzend Sozialdemokraten eingefunden. Kollege Wittfeld aus Bamberg eröffnete die Versammlung und bemerkte gleich, daß nur christliche Arbeiter eingeladen seien und sich Andersorganisierte nur als Gäste, die den Anstand zu wahren hätten, betrachten müßten. Aber trotz dieses Gegenkommens versuchte Genossenfürer Ernst noch vor Eintritt in die Tagesordnung die Verhandlungen durch fortwährende Geschäftsordnungsfrage unmöglich zu machen. Schon während der Ausführungen der Kollegin Garder konnten die Genossenfürer Ernst und Graf sich "um eine Minute ruhig verhalten. Als Kollege Müller aber das Wort zu seinem Vortrage erhielt, geberdeten sich die beiden wie Wilde und versuchten durch ununterbrochenes Dazwischenreden den Referenten am Weiterreden zu verhindern. Als alle Bemühungen der Versammlungsleitung, Ruhe zu schaffen, erfolglos blieben, mußte den beiden Genossenfürern das Lokal verweisen werden. Die Dreifügigkeit und Unversöhnlichkeit der beiden "Vollstübner" ging aber sogar soweit, daß sie auch jetzt noch keinerlei Anstalten machten, sich zu entfernen. Man ließ die Leitung der Versammlung darüber abstimmen, ob die Versammlung ein längeres Verweilen der "Herrschaften" wünsche oder nicht. Mit erdrückender Mehrheit stimmte die Versammlung dafür, daß die beiden Genossenfürer Ernst und Graf sofort das Lokal zu verlassen hätten. Bei den beiden mußte aber die Scham zu den Händen geflohen sein, denn trotzdem die übergroße Versammlungsmehrheit durch Abstimmung bekundet hatte, daß sie für des ungezogenen Verhaltens nur Abscheu und Ekel empfanden und trotzdem die übergroße Versammlungsmehrheit von der sozialdemokratischen "Wissenschaft" durchaus nichts wissen wollte, verließen die beiden noch länger in Versammlungslokale und versuchten wiederholt durch geradezu heraufschreiende Redensarten die christlichen Arbeiter zu provozieren.

Dann wurde die Versammlung zehn Minuten verlagert und in dieser Pause die Sendamerrie beauftragt. Als diese dann erschien, konnte die Versammlung ohne jeden Zwischenfall zu Ende geführt werden.

Die vor Entsetzen der Sendamerrie so wortreichen und ramponierten Genossenfürer zogen es vor, beim Abh. der Sendamerrie sich zu verdrücken.

Die Sache wird noch ihr gerichtliches Nachspiel haben, da die aufdringlichen sozialdemokratischen Stadandrüber von der Sendamerrie wegen Hausfriedensbruchs bereits zur Anzeige gebracht worden sind.

Der Erfolg der Versammlung für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung besteht zunächst darin, daß eine Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes zu unserm Verbande übertraten, darunter auch der Vorstand der örtlichen Zelle des sozialdemokratischen Zentralverbandes. Ferner darin, daß auch eine Ortsgruppe des christlichen Kern- und Steinarbeiterverbandes gegründet werden konnte.

In einer von den Sozialdemokraten einige Tage vor der hier geschiedenen Versammlung anberaumten öffentlichen Versammlung waren auch die christlichen Arbeiterführer eingeladen worden. Wie wohl dieselben uns aber davon täuschen, daß sie dieser Einladung nicht folgten, geht aus dem Bericht über den Verlauf der christlich-nationalen Arbeiterversammlung hervor. Geht doch die Dreifügigkeit und Unversöhnlichkeit der fanatischen Sozialdemokraten, wie der Verlauf der Versammlung in Ziel gezeigt hat, sogar soweit, daß die Genossen in christlichen Arbeiterversammlungen eintreten und hier versuchen, durch Aufzählung von Stadandrüben und durch Schreien die christlichen Arbeiterführer zum Sprechen zu

hindern. Und da wagen noch Sozialführer ganz kalt die Behauptung aufzustellen, die christlichen Arbeiterführer wollten einer freien Aussprache aus dem Wege gehen, weil sich ihre Sache nicht vertreten ließe. Wie verhält es sich denn in Wirklichkeit damit?

In Wirklichkeit fürchten die Genossenfürer die Aufklärungsarbeit der christlichen Arbeiterführer und darum ziehen sie ihre Anhänger zu fanatisierten Draufgängern, die in Ermangelung geistiger Waffen durch Anwendung terroristischer Mittel die Sache der Sozialdemokratie hochhalten sollen. Es muß aber um eine Sache, die nur mit solchen schiefen und durchaus verwerflichen Mitteln hochgehalten werden kann, herzlich schlecht bestellt sein.

## Soziale Rundschau.

**Arbeiter, kauft den Schund!** Der in Hannover erscheinende sozialdemokratische "Volkswille" schrieb in seiner Unterhaltungsbeilage vom 10. März 1911:

"Die Schriften eines . . . Sozialisten sind mehr als wertlos, und daß sie einstmals in Parteiverlagen erschienen sind, sollte kein Grund sein dürfen, diesen Schund den Arbeitern von heute zur Befriedigung ihres Wissensdurstes fürder noch darzubieten. Man sollte solche Bücher heutzutage auch nicht einen Tag länger in Arbeiterbibliotheken dulden."

Der selbe hannoversche "Volkswille" preist 12 Tage später (in der ersten Beilage vom 22. März 1911) die "mehr als wertlosen" Schriften, "den Schund", den man "auch nicht einen Tag länger in Arbeiterbibliotheken dulden sollte", seinen Lesern zum Kaufe an. Er empfiehlt folgende

### aufklärende Schriften über Religion:

- Lojinski, Dr. G., Was Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? . . . . . 15 Bsg.
- Waren die Ueberschriften wirklich Sozialisten? . . . . . 15 "
- Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft . . . . . 15 "
- Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? . . . . . 20 "

Als wir das erste Heft im "Volkswille" lasen, dachten wir, daß das hannoversche sozialdemokratische Blatt doch noch auf Qualität und Gediegenheit der Arbeiterlektüre etwas gebe. Wir haben dem Blatte leider Unrecht getan. Das geldliche Geschäftsinteresse scheint ihm auch mehr wert zu sein als alle Arbeiterbildung.

Die geplante Witwen- und Waisenversicherung sollte bekanntlich am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Aus Mangel an Mitteln unterließ dieses und wurde der Termin durch Notgesetz auf den 1. April 1911 hinausgeschoben. Inzwischen sind die Mittel für die Witwen- und Waisenversicherung nicht größer geworden und sollte sie daher in Form einer Hinterbliebenenversicherung durch die Reichsversicherungsordnung geregelt werden. Die Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung sind aber noch so weit zurück, daß es ausgeschlossen erscheint, die Witwen- und Waisenversicherung bis zum 1. April d. Js. zu erledigen. Der Bundesrat hat daher einem Notgesetz zugestimmt, welches dem Reichstage zugegangen ist, wodurch der Termin zum Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversicherung abermals hinausgeschoben wird und zwar auf den 1. Januar 1912. Hoffentlich kommt sie dann in einer Form zustande, daß man von ihr behaupten kann: Was lange währt, wird endlich gut!

## Redaktionschluss.

Für die am 22. April erscheinende Nummer 16 (Dienstag) erbitten wir uns die Manuskripte bis Freitag, 14. April.

## Zur gest. Beachtung.

Die Ortsgruppenvorstände werden i. d. R. gebeten, mit den Vierteljahres-Abrechnungen nur eine Aufrechnungsliste über ausgezahlte Kranken- und ebenso auch nur eine Aufrechnungsliste über ausgezahlte Arbeitslosen-Unterstützungen einzuliefern.

Die hierzu gehörigen Reinen Quittungen müssen ebenfalls beigelegt werden.

Mit kollegialem Gruß!  
Die Geschäftsstelle.

## Bekanntmachung.

Die Adresse des neu errichteten Gesamtverbandes- sekretariats für Baden ist: Joseph Erving-Karlruhe, Mainpoststraße Nr. 27 III.

## Versammlungskalender.

- Strass. 11. April, 8 1/2 Uhr, bei Joseph Bongenberg.
- Dargwaidel. 17. April, 11 Uhr, bei Ferdinand Füsser, Generalversammlung.
- Söthlis. 8. April, 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Sprechst. 12.
- Söthlis. 20. April, 8 Uhr, im "Häben Rann".
- Mülheim a. Rhein. 12. April, 7 Uhr, bei Böder, Ballstr. 10.
- Kreuzkirchen. 9. April, 11 1/2 Uhr, bei Emil Jöring, Bortmännerversammlung.
- Döhring. 9. April, bei Ferdinand Wiggers gleich nach dem Hochamt, Disputierstunde.
- Jüchen. 9. April, 7 1/2 Uhr, bei Adam Kremer, vierteljährliche Generalversammlung.
- Stierke (Bezirk Dorf). 9. April, gleich nach dem Hochamt bei 2. Banes, Heimatsplatz.

## Bilanz

des Allgemeinen Konsumvereins "Eintracht", e. G. m. b. H. zu Grefrath vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910.

Aktiva	Passiva
Rassenbestand . . . 890,53 M.	Geschäftsguthaben der Mitglieder . 704,78 M.
Warenbestand . . . 1367,98 "	Warenschulden . . . 183,81 "
Inventar . . . . . 165,96 "	Reservefonds . . . 247,92 "
Forderungen . . . 111,17 "	Besond. Rücklage . . 79,32 "
	Reingewinn . . . . . 319,81 "
<b>Summa 2035,64 M.</b>	<b>Summa 2035,64 M.</b>

Mitgliederzahl am 1. Januar 1910 . . . . . 26  
 Beitretene im Jahre 1910 . . . . . 8  
 Ausgeschlossenen im Jahre 1910 . . . . . 2  
 Mitgliederzahl am 1. Januar 1911 . . . . . 32  
 Gesamtsumme am 1. Januar 1911 . . . . . 960 M.

**Der Vorstand:**  
 Th. Köhnen.  
 W. Königer.  
 Th. Röttgen.

**Der Aufsichtsrat:**  
 S. U.: Peter Faber,  
 Vorsitzender.  
 (4,60 M.)

## Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Franz Josef Jacobs in Hardt.  
 Johann Birker in Dülken.  
 Luise Luttringer in Mülhausen i. Els.  
 August Terbrüggen in Lobberich.  
 Ewald Ingenmey in St. Tönis.  
 Frau Cormann in Eupen.  
 Ehre ihrem Andenken!

## Literarisches.

Witowski G., Direktor im Reichsversicherungsamt in Berlin, Die Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten. Klein-Druck in Leinen gebunden. VIII und 245 Seiten. (Sammlung Köfeler, Bd. 38.) Preis M. 1.—. (Verlag Köfeler, Rempten und München.)

Durch die neue Reichsversicherungsordnung ist der gesamte Preis der Arbeiterversicherung wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die vorliegende Einführung in die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung sämtlicher Kulturstaaten Europas, Americas und Australiens, von der denkbar zugänglichsten Seite mit voller Anschaulichkeit und reichster praktischer Erfahrung entwickelt, wird schon deshalb die größte Aufmerksamkeit aller Interessenten auf sich ziehen. Selbstverständlich ist die deutsche Arbeiterversicherung weit aus führlicher behandelt, und mit Stolz wird man aus ihrer Darstellung entnehmen, daß sie mit vollem Recht an die Spitze gestellt ist. Aber der vergleichende Ueberblick der in anderen Ländern durchgeführten Versicherungsformen lehrt uns doch, daß wir vom Ausland noch manches lernen und manche Verbesserung übernehmen können. In jedem Fall wird das vorliegende vortreffliche Bändchen auf lange hinaus der beste Berater in einer der wichtigsten sozialen Maßnahmen des modernen Kulturstaates bleiben.

**Kunstseide.** Die außerordentlich vielseitige Verwendung der Kunstseide in der Textilindustrie dürfte außerhalb des verhältnismäßig engen Kreises der Erzeuger und Verarbeiter nicht allgemein bekannt sein. In Nr. 6 der Zeitschrift "Kunststoffe" (J. F. Lehmanns Verlag, München Paul-Heylstraße 66, Bezugspreis M. 8.— halbjährlich) wird von Professor B. Kozlik in Wien darüber berichtet. Kunstseide ist bekanntlich nicht wesentlich billiger als Naturseide; sie verdankt ihr Aufkommen dem Mangel in der Erzeugung des natürlichen Produktes und ihren hervorragenden Eigenschaften, die sie der Naturseide fast ebenbürtig machen. Warum Kunstseide zur Bewicklung der isolierten Drähte für elektrischen Schwachstrom noch nicht so geeignet ist wie Naturseide, erklärt Dr. Feinr. Fuchs-Berlin in einem zweiten Aufsatz. Die Fachwelt dürfte sich für diese Ausführungen besonders interessieren, da sie wertvolle Fingerzeige bieten. Ein dritter Aufsatz endlich aus der Feder von U. Dultzy widmet sich den Kunstseideabfällen und ihrer Verwertung, einem Thema, das mit der Vermehrung der Kunstseide-Erzeugung immer wichtiger wird. Eine Anzahl von Referaten vervollständigt die Reihe der über Kunstseide handelnden Artikel in Nr. 6 der genannten Zeitschrift.

## Inhaltsverzeichnis.

Energie! — Artikel: Der Gesekentwurf betreffend Er richtung von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen. — Reichstagsdebatten zur Resolution Schiffer und Genossen betr. Förderung textilindustrieller Interessen. — Der korporative Gedanke in heutigen Sozial- und Wirtschaftsleben. — Die "Entrechtung" im neuen Krankenversicherungsgesetz. — Aus der Arbeiterbewegung: Wo stehen wir in der deutschen Arbeiterbewegung? — Wieder sozialdemokratische Arbeitsmoralen. — Konfessionelle Verziehung und Hirsch-Dundersche Gewerksvereine. — Hirsch-Dundersche Manieren. — Vom Werte der christlichen Gewerkschaften. — Wie reimt sich das zusammen? — Seht, wie sie sich lieben! — Lohnbewegung in der Berliner Handelsgärtnerei. — Aus unserer Industrie: Dividendenergebnisse der Textil-Altkriegsgesellschaften. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsprettigkeiten: Bamberg. — Goeßfeld. — Forst (Lausitz). — Fulda. — Greiz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Nachen. — Aus dem Uegertale. — Bockolt. — Wregell. — M.-Gladbach. — Greiz i. Vogtland. — Hallstadt. — Rheint. St. Tönis. — Winkrad. — Zeil a. Main. — Soziale Rundschau: Arbeiter, kauft den Schund! — Die geplante Witwen- und Waisenversicherung. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Anzeige. — Sterbetafel. — Literarisches.